

1934 - 1945



Der KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 9—10

September — Oktober 1970

2 Schilling

Mut haben zur Demokratisierung

Mut haben heißt, wie Jean Jaurès einmal gesagt hat, seinen Willen nicht dem Zufall der Augenblickseindrücke und der Kräfte ausliefern; Mut haben heißt, in den unvermeidlichen Stunden der Müdigkeit den Willen zur Arbeit und zur Tat bewahren. Mut haben heißt, in der Unterordnung, die die Gesellschaft von dem einzelnen fordert, irgendeinen Beruf wählen und darin tüchtig werden; Mut haben heißt aber auch, die Abneigung überwinden, in die kleinlich und eintönig scheinenden Einzelheiten einer Sache einzudringen.

Mut haben heißt aber auch, erkannte neue Umweltsbedingungen zu beachten, die notwendigen Schlüsse zu folgern, und es heißt nicht zuletzt, die vielfältige Verquickung der Tatsachen und Einzelheiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erforschen und zu erfassen.

Mut haben heißt, das Leben lieben und dem Tode mit Ruhe ins Auge schauen, heißt tätig zu sein und sich großen Zielen zu widmen, ohne zu wissen, welcher Lohn solchem Streben einmal bereitet sein mag. Es heißt die Wahrheit suchen und sie auch sagen und sich nicht dem vorübergehenden Druck der triumphierenden Lüge zu unterwerfen: Mit einem Wort, wir müssen den Mut zum Bekenntnis unserer Gesinnung haben — und gerade das haben die sozialistischen Freiheitskämpfer immer wieder bewiesen.

Jetzt heißt es, den Mut zur Demokratisierung unserer Gesellschaft zu haben und unter Beweis zu stellen. Die politische Demokratie, deren wir uns in Österreich heute als dem Erfolg jahrzehntelangen entbehrrungsreichen und blutigen Ringens erfreuen, hat uns noch keine demokratisierte Gesellschaft gebracht. Deshalb fordern nicht nur wir, sondern auch Kräfte, die sich als fortschrittlich bezeichnen, die Umwandlung veralteter gesellschaftlicher Strukturen. Für Sozialisten hat diese Forderung immer bestanden; aber heute gibt es selbst in katholischen ebenso wie in liberalen Kreisen eine echte Tendenz weg vom Kapitalismus zu neuen gesellschaftlichen Ordnungen. Um diese zu erreichen und damit unseren Zielen entscheidend näherzukommen, bedarf es steter aufbauender Kritik und einer permanenten Diskussion. Wozu wir vor allem aber den Mut haben müssen auch einer herkömmlichen Konvention und manipulierten Meinungen entgegenzutreten, wenn diese dem widersprechen, was wir für richtig, wahr und zielführend halten. Freilich bedarf es dazu einer umfassenden Information, bei der man sich nicht damit begnügen darf, einfach einen Haufen von Nachrichten kritiklos hinzunehmen, wie ihn Presse, Rundfunk und Fernsehen vorsetzen. Vielmehr muß die Sozialistische Partei die Aufgabe übernehmen und erfüllen, durch echte Information die notwendige demokratische Diskussion zu ermöglichen und zu fördern; denn nur durch ständige Diskussion und offene Kritik von unten nach oben kann die gesellschaftliche Demokratisierung gefördert und erreicht werden. Wir alle müssen eine Partei der am besten Informierten werden.

Zu dieser echten Information wollen und werden die sozialistischen Freiheitskämpfer ihr Teil beitragen. Sie haben bewiesen, daß sie den Mut zum Bekenntnis ihrer Gesinnung haben — sie haben den Mut aufgebracht, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen und sind dafür in die Kerker, Anhaltelager und KZs gegangen. Darum werden sie gerade jetzt den Mächtigen der Politik von heute ebenso wie der Jugend — den kommenden politischen Machthabern von morgen — ihre Losung immer wieder mahnend in Erinnerung rufen:

Niemals vergessen!

Wie lange noch NDP?

Eine Frage, die wir immer wieder stellen müssen

Am 17. Juni 1970 kam es in Wien vor dem Gasthaus „Zum Auge Gottes“ in der Nußdorfer Straße zu Gewalttätigkeiten von Angehörigen der Schlägergarde der neonazistischen NDP gegen antifaschistische Demonstranten. Genosse Hindels forderte in einer Rede das Verbot dieser Partei des Bombenwerfers und Terroristen Norbert Burger.

Zunächst weigerte sich die Polizei, die Versammlung aufzulösen, bei der Burger der Hauptredner war. Ein Sprecher der Staatspolizei erklärte, es gebe dafür keine gesetzliche Möglichkeit. Erst als sich Innenminister Rösch an Ort und Stelle von den Gewalttaten der Neonazis überzeugt hatte, ordnete er die von den antifaschistischen Gegendemonstranten geforderte Auflösung der NDP-Versammlung an.

Wie später bekannt wurde, hat Norbert Burger gegen die Versammlungsauflösung beim Verfassungsgerichtshof eine Klage eingebracht.

Delegation beim Innenminister

Am 13. Juli 1970 sprach dann eine Delegation des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus unter Führung von Rosa Jochmann bei Innenminister Rösch vor. Unsere Genossen wiederholten mit Nachdruck die Forderung nach behördlicher Auflösung der neonazistischen NDP und brachten die Entschlossenheit der Freiheitskämpfer zum Ausdruck, gemeinsam mit jungen Antifaschisten jeder weiteren Provokation der Neonazis entschieden entgegenzutreten. Auch die Alten und Kranken, auch die vom Leid der Verfolgungen gezeichneten Freiheitskämpfer werden, so erklärte die Delegation, das Risiko von Demonstrationen und Gegenaktionen nicht scheuen. Wissen sie doch aus eigener, bitterer Erfahrung, wie notwendig es ist, den Anfängen des Faschismus zu wehren. Wenn die Sicherheitsbehörden der Republik versagen, dann ist die antifaschistische Selbsthilfe moralisch gerechtfertigt.

Brutaler faschistischer Überfall auf Jugendliche

Wie berechtigt die nicht nur von den sozialistischen Freiheitskämpfern, sondern von allen antifaschistischen Organisationen erhobene Forderung nach dem Verbot der NDP ist, bewies mit dramatischer Eindringlichkeit der Überfall von NDP-Schlägern unter Führung Norbert Burgers auf ein Zeltlager von Lehrlingen in der Nähe von Mürzzuschlag.

Dieses Ereignis spielte sich am 23. August 1970 ab, also wenige Wochen nach der Versprache der Delegation des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer bei Genossen Rösch.

Auf einer Pressekonferenz im Presseklub „Concordia“ schilderten die Tatzeugen des

Überfalls bezeichnende Einzelheiten. Wir zitieren nachstehend einige dieser Aussagen:

Jakob Mytteis: „Ich...hielt die beiden auf. Ich bekam von einem einen Tritt in die Hoden. Ich forderte die Gendarmen auf, die Gewalttäter festzunehmen, die an dem Überfall beteiligt waren, aber sie lehnten es ab.

Als wir die Angreifer auf den Berg verfolgten, warfen sie mit Steinen. Ich hörte auch die Rufe: ‚Schießt, schießt!‘

Mir war bekannt, daß zwei unserer Leute fehlten und einer verletzt war, und ich forderte die Gendarmen auf, uns dabei zu helfen, die fehlenden Leute zu finden und weitere Verletzungen zu vermeiden. Sie lehnten abermals ab. Sie könnten das nicht tun, da sie das Lager absichern müßten. Es brauche ja niemand das Lager verlassen.

Als Burger kam, wurde er von den Gendarmen immer sehr zuvorkommend behandelt und stets mit ‚Herr Doktor‘ angesprochen.

... Gemeinsam mit Fleischer, Genner und Gaar ging ich dann zur Gendarmerie. Dort ließ man uns vorerst sehr lange warten. Dann kam ein Beamter, der sagte, heute könne nichts mehr gemacht werden und man könne vielleicht morgen wiederkommen... Dann erklärte ein Beamter, er müsse jetzt essen gehen und wir sollten in einer Stunde wiederkommen.

Genner und ich kamen dann nochmals auf die Gendarmerie... und gaben die Anzeige zu Protokoll.“

Christian Pillwein: „... Wir nahmen die Verfolgung (eines flüchtenden Faschisten) auf. Er lief bis zur Eisenbahnunterführung... Hier pffir er einige Male, worauf ein VW-Bus vorfuhr, der ihn aufnahm und Richtung Mariazell abfuhr... (...Der VW-Bus war rot, mit Kennzeichen Nr. 575.836.)

Ich ging ins Lager zurück und meldete das dem kommandierenden Gendarmeriebeamten, der sagte, er kenne den Wagen bereits und können ihn nicht verfolgen lassen. Sie seien um unseren Schutz besorgt und könnten den Ort nicht verlassen... Inzwischen erfuhr ich, daß Willi Gaar auf der Mariazeller Straße niedergeschlagen worden sei. Ich meldete diesen Vorfall sofort dem Postenkommandanten. Dieser gab mir zur Antwort, wenn er dorthin gegangen ist, sei er selber schuld und man könne nichts machen. Tatsächlich wurde von seiten der Gendarmerie nichts unternommen, obwohl unbekannt war, wie groß der Grad von Gaars Verletzung war... Um zirka 18.30 Uhr sprach mich ein Kriminalbeamter in Zivil an, der klagte, welche Schwierigkeiten wir den Behörden be-

reiteten. Wie sollen sie es gegenüber der Bevölkerung rechtfertigen? usw.“

Johann Jauker (Ansfelden): „Ich ging mit Gaar die Mariazeller Straße entlang. Nach 500 m sah ich zwei Nazis: einer mit grünem Anorak. Dieser sprang nach kurzem Wortwechsel auf Willi Gaar los und schlug ihn zu Boden. Inzwischen kam der zweite (schwarzes, mittellanges Haar, schwarzer Bart). In der linken Hand hatte er eine Fahrradpumpe, aus dem naheliegenden Garten hatte er sich mit einem Häundl (Gartenhaue) bewaffnet... Ich hatte Willi aus den Augen verloren, weil ein Zaun dazwischen war. Ich sah den Nazi mit der Haue auf die Stelle zulaufen, wo Willi lag, dann hörte ich Willi schreien...“

Gerhard Szollaczek (Wien): „Um zirka 16.30 Uhr kamen zirka 20 Personen ins Lager, schauten in die Zelte usw., provozierten beim Anschlagbrett; dann sah ich, wie der, der später als Burger identifiziert wurde, die Leute zusammenrief und kurz mit ihnen sprach. Dann begannen sie plötzlich, alle zugleich, den Fahnenmast, Tische und anderes zu demolieren. Auf einen Lagerinsassen, der sich ihnen in den Weg stellte, drangen sie mit Stöcken ein...“

Kurt Weber (Wien): „Wir rannten zwei Nazis nach, stellten sie, übergaben sie der Gendarmerie. Etwas später fuhr ich mit einigen anderen im 2 CV dem roten VW-Bus nach; etwas außerhalb von Müzzzuschlag sahen wir plötzlich Burger und 4 andere Nazis auf einer Brücke stehen. Die 4 anderen flüchteten, Burger wurde von uns gestellt und stieg mit uns ins Auto ein; wir brachten ihn zur Gendarmerie...“

Auf dem Gendarmerieposten kam ein Gendarm mit Burger ins Zimmer, zeigte auf mich und fragte ihn: ‚War der auch dabei?‘ Dann gab er Burger einen Zettel, auf dem alle unsere Namen standen!“

Heinz Wiesmayer (Kapfenberg): „Um zirka 16.30 Uhr kamen zirka 20 Nazis ins Lager. Sie provozierten und fingen an zu randalieren. Ich fuhr mit dem 2 CV, um die anderen zu alarmieren; beim Wegfahren sah ich noch, wie Genner und andere Lagerinsassen von den Nazis angegriffen wurden.“

Noch vor dem Stattfinden der Pressekonferenz hatten der Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus ebenso wie der KZ-Verband, die Sozialistische Jugend und viele andere Organisationen gegen den brutalen Überfall auf das Lehrlingslager protestiert.

Die auf der Pressekonferenz anwesenden Journalisten, unter ihnen auch der Vertreter der „Arbeiter-Zeitung“, waren von den Berichten der Tatzeugen tief beeindruckt. Allgemeine Empörung löste das Verhalten der steirischen Sicherheitsbehörden aus: Wie in den zwanziger und dreißiger Jahren verhielten sich die Sicherheitsorgane passiv und übertrieben

freundlich gegenüber den faschistischen Angreifern, dafür aber unfreundlich und unzulänglich gegenüber den Überfallenen.

Dies veranlaßte die „Arbeiter-Zeitung“ auf Seite 2 ihrer Ausgabe vom 5. September 1970 zu folgendem treffenden Kommentar:

Am rechten Auge blind?

„Daß der 23. August 1970, der Tag, an dem Rechtsextremist Dr. Norbert Burger und seine NDP-Gefolgsleute mit Schlagstöcken und Steinen bewaffnet in das internationale Lehrlingslager in Müzzzuschlag eindringen, dort Zelte niederrissen, die Fahnen verbrannten und Teilnehmer verprügelten, keinesfalls als Ruhmesblatt in die Geschichte der steirischen Sicherheitsbehörden eingetragen wird, steht schon fest. Dennoch bleibt einiges aufklärungsbedürftig.“

Die Rede- und Versammlungsfreiheit ist in den Artikeln 12 und 13 des Staatsgrundgesetzes verankert. Das wissen die Beamten der steirischen Sicherheitsdirektion, und das müssen auch die Gendarmen in Müzzzuschlag wissen. Mehr noch, daß es nämlich eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu sein hat, diese Rede- und Versammlungsfreiheit auch zu gewährleisten. Man mag zu den Initiatoren dieses Lehrlingslagers stehen, wie man will, das Staatsgrundgesetz gilt für alle Österreicher. Statt die avisierte Auseinandersetzung zwischen den Lagerinsassen und den NDP-Schlägern zu verhindern, wurden die Vertreter der Sicherheitsbehörde erst aktiv, als es praktisch zu spät war. Aber selbst diese Aktivität präsentierte sich in mehr als bedenklicher Form. Die Verfolgung der Schläger unterblieb, und der von den Lagerinsassen überwältigte Dr. Burger wurde mit größter Zuvorkommenheit behandelt. Mehr noch, man nannte ihm sogar noch die Namen jener, die ihn bis zum Eingreifen der Gendarmerie festgehalten hatten, ehe er sich unangefochten entfernen konnte.

Welche Kräfte waren da am Werk? Solche, die mit Dr. Burger sympathisieren, oder solche, die mit sattem Magen vergessen haben, daß mit solchen Schlägeraktionen schon einmal eine Katastrophe heraufbeschworen wurde? Die Antwort darauf muß gefunden werden.“

Es wird Aufgabe des Innenministers sein, dafür zu sorgen, daß die Republik von Sicherheitsbeamten geschützt wird, die „am rechten Auge“ nicht blind sind. Die sozialistischen Freiheitskämpfer werden nicht müde werden, solche Vorkommnisse öffentlich zu kritisieren und die durch die Ereignisse gerechtfertigte Forderung nach dem Verbot der NDP immer wieder mit Nachdruck zu wiederholen.

In diesem Zusammenhang soll auch daran erinnert werden, daß der Parteitag 1970 auf Antrag der sozialistischen Freiheitskämpfer einstimmig ein Einfuhr- und Verbreitungsver-

(Fortsetzung auf Seite 4)

50 Jahre Bundesverfassung

Am 1. Oktober 1970 waren es auf den Tag genau 50 Jahre, daß sich die Republik Österreich ihre Verfassung gegeben hat. Die Stationen des Weges, auf dem die Verfassung Wirklichkeit wurde, und die Namen der Männer, die sie geschaffen und vor 50 Jahren die letzte Hand an das Werk gelegt haben, sind längst im Buch der österreichischen Geschichte verzeichnet und für immer verewigt.

Am 26. September 1920 lag als Ergebnis der in einem Unterausschuß des Verfassungsausschusses geführten Verhandlungen der Bericht des Verfassungsausschusses vor. In der parlamentarischen Alltagssprache hieß es dort: „Die Nationalversammlung möge den angeschlossenen Entwurf eines Gesetzes, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird (Bundesverfassungsgesetz), zum Beschluß erheben.“ Der Bericht trug die Unterschriften von Dr. Otto Bauer und Dr. Ignaz Seipel.

Schon fünf Tage später, in der 102. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung am 1. Oktober 1920, wurde in dritter Lesung das Bundesverfassungsgesetz der Republik Österreich einstimmig angenommen.

Hier sollen noch einmal die Namen der Männer genannt werden, und zwar in der gleichen Reihenfolge, in der ihnen der Präsident der Nationalversammlung, Genosse Karl Seitz, in offener Sitzung des Parlaments für ihre erfolgreiche Arbeit am Verfassungswerk dankte.

Es waren dies zunächst unser Genosse Dr. Otto Bauer, der Obmann des Verfassungsausschusses, Dr. Ignaz Seipel, sein Berichterstatter, und der „Verfassungsstaatssekretär“ der im Sommer und Herbst amtierenden, aus Vertretern aller Parteien gebildeten „Proporzregierung“, Dr. Michael Mayr.

Dann sagte Genosse Seitz: „Hohes Haus! Ganz besonders müssen wir der Männer gedenken, die dem

Ausschusse, dem Hause und der Regierung als Mitarbeiter zur Seite gestanden sind. Ich gedenke zunächst des früheren Staatskanzlers Dr. Karl Renner, der grundlegende Arbeiten zu diesem Entwurf geleistet hat, ich gedenke aber vor allem des Staatsrechtslehrers der Wiener Universität Hans Kelsen, der sich mit seinem reichen Wissen und Können und seiner unermüdlichen Arbeitskraft patriotisch in den Dienst der Sache gestellt hat.“ Dann schloß der Präsident der Nationalversammlung die Kollegen Professors Kelsen von anderen Hochschulen in seinen Dank ein, die ihn durch ihre Gutachten unterstützt hatten.

Die Österreichische Bundesverfassung des Jahres 1920 ist durchaus nicht als vollkommen aufgefaßt worden, als sie beschlossen wurde. Dennoch ist unsere Verfassung mit ihren tragenden Grundsätzen, dem bundesstaatlichen, dem parlamentarisch-demokratischen und dem rechtsstaatlichen Prinzip längst nicht mehr aus dem Leben unserer Republik fortzudenken.

Im Jahre 1929 hat die Verfassung dem massiven Ansturm ihrer Gegner standgehalten. Und wir müssen dabei eines ihrer getreuesten Hüter gedenken, des Genossen Dr. Robert Danneberg. Schon im Jahre 1920 war er einer der Männer, die die Verfassung schufen, und es ist nicht zuletzt ihm zu danken, daß die Republik 1929 ihre parlamentarisch-demokratische Verfassung bewahrt hat.

Im Jahre 1934 hat der Austrofaschismus die Bundesverfassung beseitigt, und sie ist erst im Jahre 1945 mit der Republik wiedererstanden. Heute wird unsere Verfassung von keiner politischen Kraft mehr in Frage gestellt. So wie die Republik ist auch ihre Verfassung dem politischen Tagesstreit entrückt. Die Verfassung unserer Republik ist ein gemeinsames Anliegen aller ihrer Bürger geworden, zu der sie sich ohne Einschränkung bekennen.

Am 50. Geburtstag unserer Verfassung wollen wir aber nicht nur zurück, sondern auch vorwärts und in die Zukunft blicken. Die Bundesverfassung des Jahres 1920 — noch dazu in so kurzer und in so schwerer Zeit geschaffen — war eine der großen geschichtlichen Leistungen des österreichischen Parlamentarismus. Das soll uns auch heute Auftrag und Ansporn sein. Sie ist vor 50 Jahren als Frucht der Zusammenarbeit von Praxis, Wissenschaft und Gesetzgebung entstanden; ihre verfassungsmäßigen Einrichtungen müssen wir auch heute fortentwickeln. Und wir wollen weiter an ihnen bauen, wie es dem Geiste der Männer entspricht, die die Verfassung geschaffen haben. Das ist auch der tiefere Sinn der Diskussion über Demokratie und Parlamentsreform in unseren Tagen. Die sozialistische Bundesregierung hat sich in ihrer Regierungserklärung vom 27. April 1970 ausdrücklich verpflichtet, ihren vollen Beitrag zu dieser Fort- und Weiterentwicklung der demokratischen Einrichtungen in unserem Lande zu leisten. Denn die Verbesserung der Wirkungsmöglichkeiten unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen in der Praxis ist die schönste Würdigung der Bundesverfassung an ihrem 50. Geburtstag.

Gewiß: Die Artikel der geschriebenen Verfassung eines Landes haben große Bedeutung. Ob eine Verfassung aber auch lebendige Wirkungen ausstrahlt, das hängt von den Menschen ab, die sich zu ihr bekennen und die bereit sind, dieses Bekenntnis kompromißlos in die Wirklichkeit umzusetzen. So wollen wir immer des Artikels 1 der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 eingedenk sein:

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

(Schluß)

Wie lange noch NDP?

bot für die berüchtigte „National-Zeitung“ gefordert hat. Obwohl dieses ausländische Neonaziblatt, das ohne verantwortlichen Redakteur für Österreich mit einer eigenen Österreich-Ausgabe erscheint, in jeder Nummer die österreichischen Gesetze und die Bestimmungen des Staatsvertrages gröblich verletzt, schreiten die dafür zuständigen Staatsanwälte nicht ein.

Es wird Zeit, daß der sozialistische Justizminister gegenüber den Staatsanwälten von seinem Weisungsrecht Gebrauch macht! Es sollte in Zukunft keine Partei- oder Gewerkschaftskonferenz stattfinden, auf der nicht verlangt wird:

„Verbot der neonazistischen NDP“ — „Ein- fuhr- und Verbreitungsverbot der NATIONAL-ZEITUNG.“

Da Verbote, so berechtigt sie auch sind, allein nicht ausreichen, werden wir unsere Bemühungen, die Jugend über das Wesen des Faschismus aufzuklären, in antifaschistischen Seminaren verstärkt fortsetzen.

Rudolfine Muhr



Ein runder Geburtstag

Am 5. September dieses Jahres war es soweit: Auch unsere unermüdliche Fini, immer für alle und für jeden da, beging ihren Siebzigsten: Wie es ihr ureigenstes Wollen war, in aller Stille und Bescheidenheit und eigentlich abhold jeder formalen Festivität. Das ist ja auch der Grund, warum wir sagen, sie „beging“ ihren Geburtstag, anstatt ihn gebührend zu feiern!

Aber trotz aller Mühe und mancher Ausreden — Tatsachen, die nun einmal unumstößlich sind, am liebsten durch noch mehr Arbeit und Fleiß einfach im Tagesgeschehen untergehen zu lassen und sie so zu übergehen —, war unser Geburtstagskind doch im Mittelpunkt vieler Ehrungen.

Im Parteivorstand drückte Genosse Kreisky die Glückwünsche der Partei aus und schilderte das Leben unserer Genossin Muhr im Lichte der großen sozialistischen Partei, die Frauen boten ihre Wünsche dar, und viele Genossinnen und Genossen aus den öffentlichen Körperschaften und aus den Bezirken stellten sich mit ihren Glückwünschen ein. Unser Bundesvorstand setzte sich (bei einem solchen Anlaß recht wohl verständlich und daher entschuldigbar) einfach über den Protest unserer Fini hinweg, als es in der Sitzung vom 11. September 1970 zu einer herzlichen Glückwunschanrede kam. Da unsere Vorsitzende, Genossin Rosa Jochmann, nicht in Wien anwesend war, wurde unser Ehrenvorsitzender, Genosse Manfred Ackermann, zum Sprecher aller Genossinnen und Genossen. Seine Worte seien nochmals all den guten Wünschen hinzugefügt, die unserer Genossin Fini Muhr gelten. Ad multos annos!

Genossinnen und Genossen!

Der Punkt, zu dem ich sprechen möchte, steht nicht auf der ursprünglich für die heutige Sitzung in Aussicht genommenen Tagesordnung.

Der Bundesvorstand hat mich beauftragt, Euch einen Beschluß mitzuteilen, den er in seiner heutigen Beratung gefaßt hat. Und zwar bezieht sich dieser Beschluß auf den freudigen Anlaß, daß die Genossin Fini Muhr vor wenigen Tagen — es war am 5. September 1970 — ihren 70. Geburtstag begangen hat. So sehr Fini selbst, wie ich genau weiß, gewünscht hätte, daß davon kein Aufheben gemacht werde, so ist die Tatsache, daß sie dieses Alter nun doch in solcher Jugendfrische erreicht hat, in Partei- und Gewerkschaftskreisen wie in der allgemeinen Öffentlichkeit kein Geheimnis geblieben.

Wenn wir als Bundesvorstand und Wiener Obmännerkonferenz des Bundes der Sozialistischen Freiheitskämpfer erst heute Gelegenheit haben, aus diesem besonderen Anlaß unserer Genossin Muhr unsere Glückwünsche darzubringen und ein paar Worte der Ehrung zu sagen, so liegt dies vor allem daran, daß leider die Genossin Rosa Jochmann von Wien abwesend ist. Sie hat ihren dringendst benötigten und lang ersehnten Urlaub erst vor wenigen Tagen antreten können und ich weiß, daß ihr momentaner Gesundheitszustand es ihr nicht erlaubt hat, an unseren heutigen Zusammenkünften teilzunehmen. Rosa Jochmann wäre aber zweifelsohne die Berufene gewesen, heute von diesem Platze aus, zu uns zu sprechen und uns zu sagen, welche Gründe es rechtfertigen, Fini Muhr anlässlich ihres 70. Geburtstages in besonderer Weise zu ehren.

Wenn ich nun im Einverständnis mit Rosa und im Auftrage des Bundesvorstandes hier spreche, fühle ich

mich nicht nur aus dem Grunde unserer langjährigen Freundschaft und Kampfesgenossenschaft dazu berechtigt, sondern auch aus einem höchst persönlichen Grund sogar irgendwie dazu verpflichtet. Vor wenigen Tagen haben wir in der „Arbeiter-Zeitung“ einen kurzen Bericht darüber gelesen, in welcher Weise der Parteivorstand in einer Sitzung unter dem Vorsitz des Genossen Kreisky Fini Muhr durch Überreichung der Victor-Adler-Plakette geehrt hat. In diesem Bericht wurde auch erwähnt, wie Fini in der harten, schweren Zeit des Kampfes gegen die Gewaltherrschaft des Austrofaschismus in der illegalen Bewegung gewirkt hat. Als schließlich im Jahre 1938 dem Zusammenbruch der österreichischen Sozialdemokratie die Vernichtung der Republik folgte, konnten etliche der Staatspolizei beziehungsweise der Gestapo wohlbekanntere revolutionäre Sozialisten, besonders solche jüdischer Abstammung, ihr Leben nur durch die Flucht ins Ausland retten. Damals hat mir Fini mit entschlossener Umsicht und unerhörtem Mut gemeinsam mit Buttinger und Uhlir zur knappen, aber doch noch rechtzeitigen Flucht verholfen. Einen solchen Dienst, einen solchen im wahren Sinne des Wortes lebensrettenden Beweis von Freundschaft und sozialistischer Solidarität vergißt man nicht. Diese unvergeßliche Erfahrung bestimmt den tiefinnersten Grund, warum ich, um Fini Muhr zu ehren, heute hier spreche.

Die Beziehung der sozialistischen Freiheitskämpfer zu Fini Muhr, die Beziehung dieses Bundes von Opfern des Faschismus, dessen Werden und Wirken Fini Muhr so viele Jahre schwerer, unermüdlicher Arbeit gewidmet hat, kann man wohl als die einer ganz besonderen sozialistischen Solidarität definieren. Ich spreche von jener besonderen Solidarität, wie sie ja doch nur in einer Partei, wie es die alte Sozialdemokratie der damaligen Periode gewesen ist, sich entwickeln konnte. Heute wird die Partei oft und gerne mehr oder weniger zutreffend als die „große Familie“ bezeichnet. Nun wissen wir, daß es in jeder großen Familie verschiedene Grade der Verwandtschaft gibt: sehr nahe Verwandte, nähere Verwandte, weiter entfernte — Verwandte, mit denen man sich sehr gut versteht, die man wirklich lieb hat und solche, mit denen man — vielleicht sage ich es so —, mit denen man eben verwandt ist, die man sich auch keineswegs ausgesucht hat. In unserer politischen großen Familie gibt es heute, wie ich glaube, eine neuartige Differenzierung. Es gibt Mitglieder und sogar ganz prominente Funktionäre, die sich nunmehr lieber als „Parteifreunde“ bezeichnen und als solche angesprochen werden wollen — und es gibt solche, die, so wie die Fini Muhr, zu der altmodisch-konservativen Gruppe jener Sozialisten gehören, die unter keinen Umständen dazu bereit sind, sich als etwas anderes zu betrachten und zu bezeichnen als das, was wir immer gewesen sind und immer bleiben wollen: durch Überzeugung und Gesinnung verbundene Genossen und Genossinnen.

Nun, liebe Fini, in diesem Sinne und in diesem Geiste spreche ich hier, um als einer Deiner alten Kampfgenossen Zeugenschaft dafür abzulegen, in welcher hohen Ehren Du dieses Alter erreicht hast.

Weil Dir in all den vielen Jahren, in Deinem ganzen Leben bis heute der Sozialismus höher gestanden ist als alles andere in der Welt, wurdest Du in den finsternen Jahren des Faschismus die mutige, die unerschrockene

und unermüdliche Kämpferin für Freiheit und Gerechtigkeit, für Menschenrechte und Sozialismus.

Dein Mut bewährte sich aber nicht nur dem Klassenfeind, den politischen Gegnern gegenüber. Bei der Vorbereitung dieser Ansprache habe ich an einen Brief gedacht, den der Altmeister des Sozialismus, Friedrich Engels, seinem Freund und Schüler Karl Kautsky geschrieben hat. Engels meinte darin, es wäre höchste Zeit, daß die Parteigenossen aufhören, die Funktionäre mit Glacéhandschuhen anzufassen und sie es sich abgewöhnen, ihnen unterwürfig anstatt kritisch gegenüberzutreten. Deine Unerschrockenheit, liebe Fini, eine als richtig erkannte Meinung und Überzeugung auch denen gegenüber zu vertreten, die in unserer eigenen Bewegung die Macht ausüben, darf als vorbildlich bezeichnet werden, als ein ermutigendes Beispiel jener Zivilcourage, die vorbildlich sein sollte für Vertrauensmänner und Funktionäre, die heute der Bewegung in Partei und Gewerkschaft dienen, und vor allem als Vorbild hingestellt werden darf für all die jungen Menschen, die jetzt und in den kommenden Jahren in unsere Reihen treten werden.

In einer Zeit, in der auch in unserer Bewegung manche von Idealen und Überzeugung, von unumstößlich zu bewahrenden Prinzipien und von einer Gesinnung, die jeden wahren Sozialisten mit der Glut eines Glaubensbekenntnisses erfüllt, nicht viel halten, gehört Fini Muhr zu jener nicht gar so großen Schar von Auserwählten, die trotz alledem die Überzeugung nicht aufgeben wollen, daß es dafügestanden ist und nach wie vor dafürsteht, Tag für Tag nach bester Möglichkeit, mit allen Kräften für die Reinhaltung der Idee, für das Hochhalten der sozialistischen Ideale und Grundsätze zu kämpfen. Und nicht verlöschen zu lassen die stolze Gesinnung, die auch Deinem Leben, liebe Fini, den beglückenden Sinn und Inhalt gegeben hat.

Fini Muhr hat im Laufe der Jahre viele Posten und Ämter bekleidet. Sie war in hohen Funktionen in der sozialistischen Frauenbewegung, im Parteivorstand, in ihrer Bezirksorganisation. Sie war jahrelang Mitglied des Bundesrates, sie hat auf Parteitagen gesprochen und in unzähligen Versammlungen und Konferenzen als Repräsentantin der Partei, als Organisatorin, als Agitatorin und Propagandistin der Idee gewirkt. Und schließlich steht sie zusammen mit Rosa Jochmann seit vielen Jahren an der Spitze unseres Bundes der Sozialistischen Freiheitskämpfer. Aber all diese wichtigen politischen und innerparteilichen Funktionen haben sie

nie davon abgehalten, ihre Leistung in jener Art zu vollbringen, wie ich selbst sie an Fini Muhr während der Zeit ihrer unschätzbaren Tätigkeit in der illegalen Betriebsorganisation der Revolutionären Sozialisten jahrelang beobachten konnte. Durch diese Art, von der ich rede, unterscheiden sich seit jeher die Kämpfer von den Schwätzern, diejenigen, die ihre sozialistische Aufgabe ernst nehmen, von den Schwadronneuren und Krakelern.

Was Du, liebe Fini, damals durch Deinen persönlichen Einsatz geleistet hast, trug entscheidend dazu bei, daß es anerkanntermaßen gelang, die Betriebsorganisation der RS zu einem der aktivsten Teile der illegalen Partei in ihrem unversöhnlichen Kampf gegen den Faschismus zu machen. Ich möchte sagen, daß in dem, was Du mit dem Einsatz all Deiner Kräfte und Fähigkeiten damals und seitdem immer wieder getan hast, die tiefgründige Erkenntnis lebendig wurde, die Otto Bauer, unser größter Lehrer, uns in dem Wort von der revolutionären Bedeutung der sogenannten Kleinarbeit vermittelt hat. Gewiß, nicht zuletzt warst Du auch in diesem Sinne eine getreue Schülerin unseres unvergessenen Meisters.

Der Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer hat Dir seinerzeit bereits als hohe Auszeichnung die Otto-Bauer-Plakette verliehen. In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesvorstand beschlossen, Dir nunmehr als Beweis unseres Dankes und der Anerkennung, die wir Deinem bisherigen Wirken zollen, das Goldene Ehrenzeichen des Bundes der Sozialistischen Freiheitskämpfer zu überreichen. Du bist die erste und bisher einzige, der beide hohen Auszeichnungen zugeprochen worden sind.

Für die kommenden Jahre wünschen wir Dir, liebe Fini, Gesundheit und ungebrochene Arbeitsfreude. Und verliere nie die Gewißheit, daß das, was Du in den Jahrzehnten Deines kampfreichen Lebens getan und gewirkt hast, wahrlich wert gewesen ist, getan zu werden.

Eine besondere Ehrung

Am Dienstag, dem 13. Oktober 1970, überreichte der Landeshauptmann von Wien, Genosse Bruno Marek, unserer Genossin Rudolfine Muhr in einer Feierstunde im Roten Salon des Wiener Rathauses das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Bei dieser Gelegenheit schilderte Genosse Marek den Werdegang und das Wirken unserer Fini mit herzlichen Worten. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer beglückwünschten Genossin Rudolfine Muhr herzlich zu dieser wohlverdienten Ehrung.

Die Menschen sind oft versucht, das, was sie besitzen, gering zu schätzen. Und das ist nicht selten der Grund, warum sie oft so viel verlieren.

Dafür gibt es ungezählte Beispiele – auch in Geschichte und Politik.

Rebellion der Jugend

Vor einigen Jahren hatten die Entideologierer Hochkonjunktur: Triumphierend wiesen sie darauf hin, daß sozialdemokratische Parteien den „ideologischen Ballast“ über Bord werfen und sich zu „linksliberalen Volksparteien“ entwickeln. Alles Ideologische, Theoretische, Grundsätzliche wurde mit dem Begriff „Veraltet“ in Verbindung gebracht. Es war nicht mehr von Marxisten, sondern nur von „Altmarxisten“ die Rede. Wer diese Ideologie der Ideologielosigkeit nicht akzeptierte, wer es wagte, an sozialistischen Grundsätzen festzuhalten, der galt als hoffnungslos „doktrinär“.

Es dauerte nicht lange, da zeichnete sich das Debakel dieser jugendlich kostümierten Entsozialisierung des Sozialismus ab: Waren es doch vor allem junge Menschen, hauptsächlich Studenten, die gegen das zu rebellieren begannen, was die Entideologierer als jung, modern, aufgeschlossen gepriesen hatten. Die jungen Rebellen erkannten, wie hohl der Pragmatismus ideologiefreier Praktizisten ist, sobald er mit den großen, ungelösten Fragen unserer Zeit konfrontiert wird:

Weder zur wissenschaftlich-technischen Revolution, die in den Industrieländern neue soziale Situationen schafft, noch zur Umwälzung in der Dritten Welt, die das Antlitz ganzer Kontinente verändert, haben die an die Tagespolitik fixierten Praktizisten etwas Ernstzunehmendes zu sagen. Ihre vielgerühmte Schlaueit demaskiert sich als geistiger Provinzialismus.

Die rebellierenden jungen Linken, die freilich nur eine kleine Minderheit der jungen Generation innerhalb der Arbeiterbewegung sind, begannen verzweifelt, nach neuen Wegen, nach neuen Lösungen zu suchen. Aber sie haben — wenn wir von einigen brillanten Analysen des Bestehenden, vor allem der antiquiert-autoritären Struktur des Schul- und Bildungswesens, absehen — fast nichts Neues entdeckt. Die maoistischen und trotzkistischen Strömungen, die in einigen Ländern zur fraktionistischen Zerfleischung der linken Studentenbewegung geführt haben, sind nicht neu. Und neu ist auch nicht die antiautoritäre, neanarchistische Ideologie Cohn-Bendits und seiner Freunde.

In Frankreich hat diese Ideologie bei den großen Kämpfen der Arbeiter und Studenten im Frühjahr 1968 eine Rolle gespielt, die nicht ignoriert werden sollte. Und in Italien traten während der tiefen sozialen Krisen, die den italienischen Spätkapitalismus erschüt-

terten, ebenfalls anarchistische Gruppierungen in Erscheinung, deren Träger alte Anarchisten, aber auch Studenten, Schüler und jugendliche Arbeiter sind.

Eine geistige Auseinandersetzung mit der antiautoritären Ideologie des Anarchismus — gestern noch ein rein historisches Thema — ist daher wieder aktuell geworden. Jene jungen Linken, die sich in den Irrgarten anarchistischer Ideen verirrt haben, sind in der Regel weder überzeugte Anarchisten noch gefährliche Bombenwerfer. Ihr herausfordernd zur Schau getragener Anarchismus ist ein Ausdruck der Verzweiflung über eine ideenarme, entideologisierte, in die spät-kapitalistische Gesellschaft integrierte Arbeiterbewegung.

Es gilt, diesen Jungen in kameradschaftlicher Diskussion klarzumachen, daß der Anarchismus keine Alternative zum opportunistischen Praktizismus ist, daß die neuen Lösungen nur gefunden werden können, wenn die alten und jungen Linken sich gemeinsam bemühen, den Marxismus schöpferisch weiter zu entwickeln, seine Methoden bei der Erforschung des Spätkapitalismus anzuwenden.

Es ist eine vulgärmarxistische Bemäntelung persönlicher Bequemlichkeit, eine recht fadenscheinige „Entschuldigung“ für die eigene Unfähigkeit, wenn man den Einfluß persönlicher Willensentfaltung unter Hinweis auf die Übermacht der gesellschaftlichen Verhältnisse — insbesondere der ökonomischen Kräfte (!) — leugnet.

Der „alte Doktor“ und der SS-Stangel

„Würde das 20. Jahrhundert Kandidaten für einen laizistischen, ungewöhnlichen Heiligen und Kinderfreund suchen, dann würde die Wahl gewiß auf den Arzt, Schriftsteller und Erzieher fallen, der sich selbst und seine Möglichkeiten im Verständnis für das Kind und in seiner Liebe zum Kind realisiert hat...“

Diese Worte widmete der polnische Schriftsteller Igor Newerly dem Arzt, Schriftsteller und Erzieher Dr. Henryk Goldszmit, bekannt unter dem Pseudonym Janusz Korczak, der „alte Doktor“.

Das Gedenken an Korczak bringt uns jetzt auch einen anderen Menschen in Erinnerung, der die Antithese der von Korczak vertretenen humanistischen Werte war und neben einer Unzahl anderer auch für den Tod Korczaks verantwortlich ist.

Es war am 5. August 1942. Auf den Straßen des Warschauer Gettos führte der 64jährige „alte Doktor“ 200 Zöglinge des von ihm geschaffenen Waisenhauses, auf die ihm im letzten Augenblick gebotene Möglichkeit, sich selbst zu retten, verzichtend. Mit den Kindern stieg er in die Waggons. Der Eisenbahnzug mit 200 dem Tode geweihten Kindern setzte sich in Bewegung, in Richtung des nazistischen Vernichtungslagers Treblinka.

„Diese Szene werde ich nie vergessen“, schrieb einer der Zeugen, N. Remba, „das war kein Marsch zu den Waggons am Umschlagplatz, das war ein organisierter stummer Protest gegen Banditentum...“, die Kinder stellten sich in Viererreihen auf, Janusz Korczak hielt, den Blick hoch erhoben, zwei Kinder an den Händen und schritt an der Spitze des Zuges.“

Am 1. August, einige Tage vorher, hatte der SS-Hauptsturmführer Franz Paul Stangel das Kommando über das

Vernichtungslager Treblinka übernommen; vorher war er Kommandant des Vernichtungslagers in Sobibor gewesen.

Seit damals sind 25 Jahre vergangen. Der nazistische Verbrecher wurde erst im Februar 1967 in Brasilien, wo er unter einem Decknamen lebte, verhaftet; die dortigen Behörden lieferten ihn an die Bundesrepublik aus, obwohl Anträge auf Auslieferung auch von Österreich, dessen Staatsbürger er war, und von Polen, auf dessen Gebiet er schwerste Verbrechen des Völkermordes verübte, vorlagen. Allein in Treblinka, wo er ein Jahr lang Kommandant war, wurden in dieser Zeit mehr als 700.000 Menschen ermordet, unter ihnen Janusz Korczak.

Die Haltung des bedeutenden polnischen Pädagogen erweckt höchste Bewunderung. Doch wie Dr. Matylda Temkin, die Verfasserin einer Bibliographie des Schrifttums über Korczak, unterstreicht, beruht seine Größe nicht nur auf seinem tragischen Tod. „Die letzte Heldentat war nur ein logischer Schlußakkord seines schönen Lebens. Und nicht sein Tod, sondern sein Leben bewirkte, daß sein Schaffen, seine pädagogischen Ideen nach so vielen Jahren nichts an Aktualität eingebüßt haben.“

Der Name Korczaks ist nicht nur den polnischen Pädagogen bekannt, die sein Schaffen weiterhin ergründen und seine Thematik zum Gegenstand vieler Arbeiten machen. Millionen Kinder in Polen und anderen Ländern kennen Korczak als Schriftsteller, als Verfasser von Büchern, die über sie und für sie geschrieben wurden: „Der Bankerott des kleinen Jack“, „Der Ruhm“, „Katjus, der Zauberer“ und insbesondere „König Macius I.“

„Ich gebe euch dies eine — die Sehnsucht nach einem besseren Leben, das es nicht gibt, das es aber einmal geben wird; die Sehnsucht nach einem Leben in Wahrheit und Gerechtigkeit“, schrieb Korczak im „König Macius“.

Vor 25 Jahren starb Janusz Korczak, der „laizistische Heilige und Kinderfreund“ in den Gaskammern des nazistischen Vernichtungslagers Treblinka.

ten Text im Zusammenhang mit der Gesamtheit des Druckwerks erkennbar werde, eigne vollauf, eine Verherrlichung darzustellen.

Es sei nämlich stets das Wesen einer gegen ein bestehendes Verbot betriebenen geschickten Propaganda, die Anpreisung, Entschuldigung oder Glorifizierung des Verpönten keineswegs etwa unter Berufung auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung offen zu erklären, sondern dies in unauffälliger Form und in für oberflächliche Betrachter harmlos erscheinenden Verkleidungen einfließen zu lassen. Andernfalls nämlich würde sogleich die mißbräuch-

liche Berufung auf das Recht der freien Meinungsäußerung und die Rechtswidrigkeit des Gesagten oder Geschriebenen offenbar.

Es handle sich sohin um eine für die programmatische Zielsetzung der NSDAP und für ihr seinerzeitiges Vorgehen vorteilhafte Darstellung, durch die objektiv das Verbrechen der Wiederbetätigung nach § 3g Verbotsgesetz verwirklicht sei. Das Buch sei daher zu Recht gemäß § 42 des Pressegesetzes für verfallen erklärt worden, heißt es abschließend in der begrüßenswert klaren Entscheidung des Obersten Gerichtshofes.

Um die Auszahlung der 14. Opferfürsorgerente

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer wurde am 1. Oktober 1970 durch zahllose Anrufe davon in Kenntnis gesetzt, daß die im Oktober 1970 fällige Sonderzahlung (14. Opferfürsorgerente) nicht angewiesen wurde. Unsere Genossin Muhr hat daraufhin sofort beim Sozialminister gegen die verzögerte Auszahlung protestiert und erreicht, daß Genosse Häuser dem zuständigen Referat seines Ministeriums die Anweisung erteilte, die 14. Opferfürsorgerente sofort auszuzahlen. Die Bezieher dieser Renten konnten daher ab dem 6. Oktober den ihnen zustehenden Betrag in Empfang nehmen. Die Anweisung für die der bisherigen Übung widersprechender Maßnahme ging auf eine Weisung des zuständigen Referats zurück.

Dem Sozialminister, unserem Genossen Ing. Häuser, sei an dieser Stelle gedankt, daß er so rasch nach dem Rechten gesehen und einer willkürlichen Auslegung von bevorstehenden Regelungen ein Ende gesetzt hat.

Was stand wirklich hinter dieser — gelinde gesagt — einigermaßen unverständlichen Maßnahme? Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, der die Opferverbände

**Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft politisch Verfolgter Bundesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband)
Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus**

angehören, haben im Frühjahr 1970 — so wie in den Jahren vorher — dem Sozialminister die offenen Forderungen der Opfer des Faschismus überreicht. Keine neuen Forderungen, sondern lediglich die alten Probleme, die bis heute unerfüllt geblieben sind, sollten endlich 25 Jahre nachher einer Lösung zugeführt werden. Wir fanden bei unserer Aussprache mit Sozialminister Vizekanzler Ing. Häuser viel Verständnis und Entgegenkommen.

Vor kurzem wurde nun auch der Entwurf einer 21. Novelle zum Opferfürsorgegesetz zur Begutachtung übermittelt, und es wurde in der Arbeitsgemeinschaft dazu volle Einigung erzielt.

In bezug auf den Termin für die Auszahlung der Sonderzahlungen wird in der Regierungsvorlage eine Abänderung vorgeschlagen: Künftighin sollen diese nicht mehr im Mai und Oktober, sondern am 1. Mai und

1. November angewiesen werden. Diese Regelung stellt ein Angleichung an die Bestimmungen im Kriegsofferversorgungsgesetz dar, nach denen die Bezieher von Kriegsofferrenten ihre Sonderzahlungen immer am 1. November erhalten. Dadurch wird es möglich, daß die Opferrenten und die Kriegsofferrenten gemeinsam bearbeitet und angewiesen werden können.

Was haben manche Zeitungen aus diesem Sachverhalt konstruiert? Am 2. Oktober 1970 schrieb das Organ der Österreichischen Volkspartei „Volksblatt“ mit Balkenlettern auf der ersten Seite: **Anschlag auf die Armen — Rentner müssen warten.** Und die „Salzburger Nachrichten“ meinten, allerdings in weniger marktschreierischen Lettern auf der zweiten Seite: **14. Opferfürsorgerente blieb aus — Sozialministerium verschob Auszahlung um einen Monat.** Wobei nicht unterlassen wurde, den VP-Pressedienst zu zitieren.

Auch die „Volksstimme“ stimmt in den Chor ein, indem sie schrieb **Mutwillige Maßnahme des Sozialministeriums** und die Nichtauszahlung der 14. Rente am 1. Oktober als eine „Eigenmächtigkeit des SP-Sozialministers“ darstellte.

Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß der Versuch, aus der Maßnahme eines Referatsleiters politisches Kapital schlagen zu wollen — sei es nun Irrtum oder Absicht — schärfstens verurteilt werden muß. Mit der Not der Opfer und deren Hinterbliebenen soll keine Politik gemacht werden, schon gar nicht, wie es am 2. Oktober 1970 zufällig der Fall war, ausgerechnet zwei Tage vor den Wiederholungswahlen in Wien. Das sei den Herren in der ÖVP und der KPÖ gesagt. Gerade die ÖVP hätte übrigens in der Zeit ihrer Alleinregierung alle Möglichkeiten gehabt, die bescheidenen und immer wieder offen gebliebenen Wünsche der Opfer zu erfüllen. Sie hat es nicht getan. Und wenn zwei Tage vor einer Wahl der ÖVP-Abgeordnete Bauer sein Herz für die Opfer entdeckt, dann ist doch niemand so urteilslos, um auf diesen demagogischen Schritt hineinzufallen. Das Wahlergebnis vom 4. Oktober 1970 hat ja inzwischen eine deutliche Antwort gegeben.

Trauer um Dr. Ernst Feldsberg

Am 21. August 1970 starb nach mehrwöchiger Krankheit ein ganz Großer der sozialistischen Bewegung: Dr. Ernst Feldsberg. Er trat bereits vor dem Ersten Weltkrieg der Sozialdemokratischen Partei bei und war bis zu seinem Tod Vertrauensmann der Sozialistischen Partei. Schon zu seiner Studienzeit war er mit seinem Landsmann, dem späteren Bundespräsidenten Dr. Schärff, befreundet.

In der Zeit der Nazi-Herrschaft war Genosse Doktor Feldsberg in Theresienstadt interniert; nach 1945 war er ein mutiger und tatkräftiger Sprecher unserer aus rassistischen Gründen verfolgt gewordenen Landsleute. Seine großen Leistungen wurden durch viele Auszeichnungen und Ehrungen gewürdigt, und für ihn mag wohl die eindrucksvollste Würdigung seines Wirkens die Wahl zum Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde gewesen sein.

In zahlreichen Telegrammen an die Tochter des Verstorbenen und an die Kultusgemeinde brachten Bundespräsident Jonas, Mitglieder der Bundesregierung und viele andere Freunde des Toten ihre Anteilnahme

WIR BITTEN
um Nachricht

Wer kennt Adolf Breibach?

Der SS-Mann Adolf Breibach soll nach den bis jetzt vorliegenden Angaben im KZ Dachau als Sanitäter tätig gewesen sein und sich dort durch besondere Brutalität ausgezeichnet haben. Auch Grausamkeiten an Häftlingen werden ihm zur Last gelegt.

Wenn sich Genossen, die in Dachau inhaftiert waren, an Adolf Breibach erinnern und Angaben über sein Verhalten im Lager machen können, dann bitten wir, uns zu benachrichtigen.

zum Ausdruck. Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer hat sich den Trauerkundgebungen angeschlossen.

Das Begräbnis von Dr. Ernst Feldsberg stand trotz der großen Ehrungen im Zeichen größter Einfachheit. Es war der eigene Wunsch des Verstorbenen gewesen, die einfachste Form für diese Zeremonie zu wählen, und er hat sich dies in seinem Testament ausdrücklich ausgedrückt. Jener Teil des Testaments sei hier wörtlich wiedergegeben. Es trägt das Datum vom 14. Juli 1969:

Bezüglich meines Begräbnisses treffe ich folgende Anordnungen:

1. Die Zeremonie auf dem Friedhof ist in einfachster Weise durchzuführen. Der Oberrabbiner der Kultusgemeinde wird ersucht, keine Ansprache zu halten und nur ein Gebet zu verrichten. Ich lehne die Mitwirkung des Chors und eines zweiten Kantors ab. Ich wünsche, daß die religiöse Funktion vom Oberkantor Elias Gutman versehen wird. Ich wünsche weiters, daß Elias Gutman diese Funktion ohne Talar vornimmt. Die vorgeschriebenen Gebete dürfen nicht gesungen, sondern nur gesprochen werden. Ein El mole rachamim darf bei meinem Begräbnis nicht verrichtet werden, weil es der uralten Tradition meiner Heimatgemeinde widerspricht. Sollte Elias Gutman verhindert sein, die Funktion vorzunehmen, soll Regierungsrat Grell dafür sorgen, daß ein anderer Wissender die Totengebete spricht. Ich habe es meiner Tochter zur Pflicht gemacht, auf diese meine Verfügung ganz besonders zu achten.

2. Ich verbiete mir, daß irgend jemand, auch nicht Mitglieder meiner Fraktion im Kultusvorstand, namens der Israelitischen Kultusgemeinde oder namens der Chewra Kadischa Reden hält. Ebenso verbiete ich mir Reden im Namen irgendeiner jüdischen Institution. Ich habe meine Aufgabe im Dienste des Judentums als Ehrenpflicht angesehen, für die mir Menschen nicht danken können. Die Entscheidung über meine Leistungen im Dienste des Judentums bleibt dem Richter-spruch des Allmächtigen vorbehalten.

3. Ich wünsche, daß weder am Gebäude der Kultusgemeinde noch an irgend einem Haus der Kultusgemeinde oder einem Bethaus eine Trauerfahne oder eine Gedenktafel oder ein Bild für mich angebracht werde.

Ich verbiete mir weiters, daß irgendeine Trauerandacht nach meinem Tode auf dem Friedhof oder einem anderen Ort außerhalb des Friedhofes abgehalten wird.

4. Ich wünsche in dem Grab beigesetzt zu werden, in dem auch meine selige Frau Zerlinda Feldsberg ruht. Sollte die Beilegung nicht möglich sein, dann wünsche ich in einem Grab beigesetzt zu werden, das keinesfalls an einem Hauptweg gelegen ist. Auf die Widmung eines Ehrengrabes oder auf meine Bestattung an bevorzugter Stelle verzichte ich.

5. Falls die Beisetzung im Grabe meiner seligen Frau möglich ist, bitte ich, auf dem Grabstein folgende Inschrift an der noch freien Stelle anzubringen:

Jakob ben Jakob Jehuda
Dr. Ernst Feldsberg
1894 bis

Auf dem Grabstein darf kein wie immer gearteter Titel, also schon gar nicht die Bezeichnung des Präsidenten der Kultusgemeinde oder der Chewra Kadischa angebracht werden. Es darf nur, und das wiederhole ich, mein Name angeführt werden.

6. Das Begräbnis hat, wie ich schon ausgeführt habe, in aller Stille stattzufinden.

Dieses Testament legt in überzeugender Weise Zeugnis ab für den Menschen Feldsberg, wie wir ihn alle gekannt haben. Wir werden ihn — und das hat sein letzter Wille nicht ausgeschlossen — stets in Erinnerung behalten. „Niemals vergessen!“

Wir trauern um Hans Schwarz

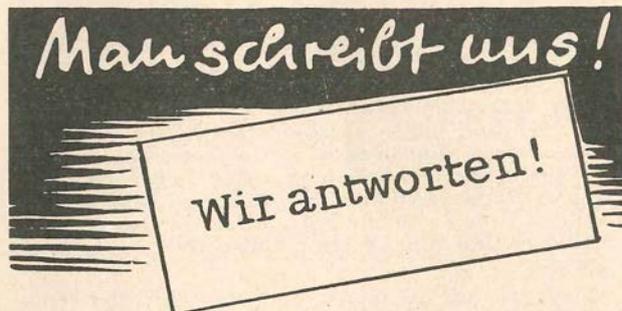
Viel zu spät hat uns die Nachricht erreicht, daß unser Genosse Hans Schwarz für immer von uns gegangen ist. Der Tod hat diesen unermüdeten und teuren Kameraden mitten aus seinem arbeitsreichen Leben gerissen, das ganz dem Ringen für die Menschlichkeit, um die Erhaltung des Friedens und vor allem der Pflege kameradschaftlicher Solidarität gewidmet war. Dafür wurde unser Hans durch die Hölle der KZ geschleift, und er mußte erfahren und zusehen, wie zahllose seiner Kameraden in den Tod gehetzt oder von den Nazischergen grausam ermordet wurden.

Wir haben Genossen Hans Schwarz zuletzt gesprochen, als wir anlässlich der Weihekundgebung im KZ Neuengamme von ihm in Hamburg begrüßt wurden. In seiner Funktion als Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme — eine seiner zahlreichen Funktionen — hatte er maßgeblichen Anteil an der Aufklärung der Verbrechen, die in diesem Konzentrationslager begangen wurden. Und daß es möglich war, dort eine würdige Gedenkstätte zu schaffen, war mit eines seiner großen Verdienste. Hans, der eigentlich aus Österreich stammte, war herzlich erfreut, Kampfgefährten aus Österreich bei ihm in Hamburg zu begrüßen, und wir haben uns auf zahlreichen internationalen

Treffen so begegnet, als wären wir nie durch die Schrecken des „1000jährigen“ Reiches getrennt worden.

Wir trauern mit all den Kameraden aus den ehemaligen Konzentrationslagern, und unsere Anteilnahme gilt seiner Familie und vor allem den Kameraden der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme. Auf seiner Parte war noch sein Vermächtnis verewigt: „Ich wäre noch gern ein Stück des Weges mit Euch gegangen“, so war zu lesen, „Trauert nicht! Kämpft weiter!“

Wir werden dieses Vermächtnis erfüllen, wir werden weiterkämpfen und Genossen Hans Schwarz ein bleibendes Andenken bewahren. „Niemals vergessen!“



25 Jahre Republik

Werte Genossen!

Sie bringen immer wieder interessante Berichte über die erkämpften Leistungen für die Bedürftigen unter den Freiheitskämpfern und Opfern des Faschismus, die auf Grund des OFG 1947 und allen seinen Novellierungen erbracht werden.

Es wäre aber auch interessant, in einem Artikel zusammenzustellen, was die Zweite Republik für alle jene Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus leistet beziehungsweise geleistet hat, die nicht als bedürftig im Sinne des OFG anzusehen sind, die sich nicht selbst in den Vordergrund gespielt haben, sondern bescheiden wie immer und früher nichts als ihre „Pflicht“ getan haben, wie es Gesinnung und Überzeugung vorschrieben.

Mir selbst ist eigentlich nur bekannt, daß sie als Opferausweis-Inhaber oder Inhaber einer Amtsbescheinigung monatlich sage und schreibe einen Betrag von 364 Schilling nicht versteuern brauchen. Weiters haben die im öffentlichen Dienst stehenden Beamten die erweiterte Gehaltstabelle für politisch Gemäßregelte gemäß § 86 Abs. 2, Gehaltsgesetz 1956 erhalten. Leider aber gelangen nur sehr wenige dieser politisch Gemäßregelten in den Genuß dieser Vergünstigung, weil die meisten durch Arbeitslosigkeit oder verspätete Einstellung bis zum 65. Lebensjahr in ihren Gehaltsstufen gar nicht so hoch hinaufkommen.

Weiters befindet sich auf dem Opferausweis ein Vermerk, wonach der Inhaber allen öffentlichen Behörden und Organen einer weitgehenden bevorzugten Behandlung empfohlen wird. Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen dieser Vermerk begründet ist, ist mir unbekannt. Ich weiß nur, daß ich einige Male versucht habe, von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen und dabei äußerst schlecht gefahren bin. Denn ich habe oft gerade das Gegenteil dessen erreicht, was auf dem Ausweis empfohlen wird.

Von einem persönlichen, ideellen Dank der Zweiten Republik an ihre Grundsteinleger ist mir übrigens auch nichts bekannt. Darum glaube ich, daß meine Bitte um einen einschlägigen Artikel in unserer Zeitung „Der Kämpfer“ im 25. Jahr unserer Zweiten Republik nicht ganz unberechtigt ist.

„Freundschaft!“

A. G. (Wiener-Neustadt)

Wie immer danken wir auch für diesen Brief, und wir werden in der nächsten Nummer unserer Zeitung einen Artikel in dem gewünschten Sinne veröffentlichen. Dabei werden wir auch auf einige Fragen zurückkommen, die uns Genosse A. G. gestellt hat.



Sozialistische Regierung — und nicht „Minderheitsregierung“!

Die Sozialisten haben am 1. März 1970 die Wahlen gewonnen und haben 81 Mandate erhalten. Daher ist unsere Partei die stärkste Partei geworden; sie hat legal gewonnen und konnte nun eine Regierung bilden. Genosse Dr. Kreisky hat sich mit seinen Leuten in der Regierung dem Bundespräsidenten vorgestellt und wurde von ihm auch angelobt. Man soll sie nun arbeiten lassen.

Aber was tut die Gegenseite? Man wirft der Regierung Prügel vor die Füße, wo immer es nur geht. Unsere Genossen sollen jetzt alles das in einigen Monaten erledigen, was die ÖVP in vier Jahren nicht konnte und zusammenbrachte. Mit dieser großen Schuldenlast, die der Finanzminister Koren hinterlassen hat, und verschiedenen anderen Dingen soll man jetzt auf einmal fertig werden! Die ÖVP hat vier Jahre Zeit gehabt und nichts gemacht, aber jetzt weiß man genau, was geschehen hätte müssen und sollen.

Man soll die Regierung nun arbeiten lassen; sie wird die richtigen Wege schon finden, und ich wünsche ihr viel Glück dazu, daß sie alle ihre Pläne ausführen kann, die sie sich im Regierungsprogramm vorgenommen hat, um damit den Stämpfern zu zeigen, wie man es besser macht. Wenn immer von einer Minderheitsregierung gesprochen wird, so ist das nicht richtig; da hat ein Besserwisser oder ein Journalist einmal diesen Ausdruck gebraucht, und der wird nun wiederholt, so lange es eben geht. Das Dumme ist dabei nur, daß es unsere Genossen auch schon gedankenlos nachreden, anstatt dem entgegenzutreten, wo man nur kann. Es gibt keine „Minderheitsregierung“, unsere Regierung ist vollkommen legal, und sie wird sich durchsetzen, so man ihr Zeit läßt. Die Anzeichen dafür sind vorhanden, vieles ist schon geschehen, und es wird noch mehr werden. Die kommenden Tage, Wochen und Monate werden beweisen, was die Regierung alles macht, und sie gibt sich

die größte Mühe. Daher Schluß mit dem falschen Schlagwort von der Minderheitsregierung!

„Freundschaft!“

K. B. (Wien 21)

*

Mehr Diskussion!

Die Nummer 5—6, Mai—Juni 1970, unserer Zeitung „Der Sozialistische Kämpfer“ hat erfreulicherweise ein weites Echo gefunden. Es haben uns viele Genossen angerufen und geschrieben; einen dieser Briefe bringen wir hier im Wortlaut:

Lieber Freund,

beiliegende Blätter, es sind vier an der Zahl, überreiche ich Dir und bitte Dich, sie Dir durchzulesen. Solltest Du Dich halbwegs mit meiner Auffassung einverstanden erklären, so wäre ich Dir schon sehr dankbar, wenn Du in unserer Zeitung einen Platz dafür zur Verfügung stellen könntest.

Solltest Du im anderen Falle jedoch der Meinung sein, daß der Artikel für eine Veröffentlichung nicht in Frage kommt, weil sich vielleicht eine Anzahl Genossen betroffen fühlen könnten, so bedauere ich es dennoch nicht, ihn geschrieben zu haben, denn dann hast zumindest Du ihn gelesen. Darüber allein bin ich auch schon froh.

Wie dem auch sei, meine Meinung ist, daß über diese Art von Schizophrenie — (soweit es sich um Demokraten handelt!) — noch viel zu wenig geschrieben und gesprochen wurde. Deshalb meine Anregung zu schriftlicher Diskussion.

Deine Stellungnahme würde mich sehr freuen und ich verabschiede mich mit einem herzlichen

Freundschaft!

Ing. J. H. (Wien)

Den Artikel werden wir in der nächsten Nummer unserer Zeitung veröffentlichen. Wir danken jedenfalls sehr dafür und bitten um Verständnis, daß dies nicht schon in dieser Ausgabe unserer Zeitung möglich gewesen ist. Demokratie ist Diskussion, das wurde immer wieder im „Kämpfer“ gesagt und betont; das gilt auch weiter so, und darum wird die vorliegende Anregung, die schriftliche Diskussion fortzusetzen, ganz besonders begrüßt. Das gilt auch für die Briefe, die uns viele andere Genossen geschrieben haben. Wenn wir dabei aus Platzmangel nicht alle in unserer Zeitung veröffentlichen können, was recht bedauerlich ist, dann bekommen die betreffenden Genossen, die uns diese Briefe schreiben, schriftliche Antwort; aber allen Briefschreibern versichern wir, daß ihre Anregungen stets Anlaß zu ausführlicher Diskussion sind.

Der Bankbeamte von Madrid

Bankbeamte sind in aller Welt gleich ordentlich und adrett, addieren Zahlenkolonnen, kassieren Spareinlagen, wechseln Devisen, nehmen Schecks entgegen, öffnen Tresore, schließen die Bank.

Auch Carlos Alvarez war ordentlich, adrett, addierte Zahlenkolonnen, kassierte Spareinlagen, wechselte Devisen wie seine Kollegen in aller Welt.

Alvarez war jung, höflich, ledig, rauchte wenig, trank kaum, fuhr Straßenbahn, wohnte möbliert.

Der junge Mann schwieg meistens, lachte selten, diskutierte wenig, galt als verschlossen. Er hatte allen Grund, verschlossen zu sein.

Sein Vater wurde sechs Tage nach Ausbruch des Bürgerkrieges von Faschisten erschossen. Er kannte ihn nur aus verblichenen Photos, setzte in der Werkstatt der Phantasie aus verlorenen Fetzen Erinnerung zusammen, die Wirklichkeit eines toten Mannes, der José Alvarez hieß.

Die Mutter nahm das Kreuz des Ausgestoßenseins und schleppte es durch die grauen Anbrüche vieler Tage zu den Schlafstellen pechschwarzer Nächte, quälte sich für ein Weizenbrot bloß und eine Handvoll Oliven durch das Madrid der Sieger, kostete täglich die Erde des Hungers und Schmerzes, trank das Elend literweise aus den Regierungsbrunnen.

Eines Tages machte Carlos Bilanz. Er tippte seine verlorene Jugend in die Rechenmaschine, setzte das Sterbejahr seines Vaters darunter, addierte die Witwenschaft seiner

Mutter dazu, zog die Zwischensumme, hängte eine Null an für die Bespitzelung, eine für die Zensur, eine weitere für die ausgestandene Angst, vergaß nicht die Gefängnisjahre seiner Freunde, setzte für die Folter die Zahl tausend ein und hieb für alle Tränen, in Spanien geweint, wild auf die Tasten.

Die Endsumme verschlug ihm die Sprache. Er nahm einen Bogen Papier und schrieb einen offenen Brief an die Regierung. „Mit Blut besprengte Erde ist müde des Blutes und will nur Weizen geben...“, schrieb er und schloß: „Carlos Alvarez, Bankbeamter, Madrid.“

Der Personalchef registrierte den Abgang gelassen. Der Neue war ordentlich, adrett, jung, höflich, hatte gute Papiere.

Bankbeamte sind nicht überall gleich. In Madrid ziehen sie eine andere Bilanz wie in Wien oder London.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet: Christian Broda, Josef Hindels, Rudolfine Muhr, Josef Hirsch, Hugo Schanovsky, Rudolf Trimmel.

Fahndungs Dienst



Zeugen aus Mauthausen gesucht

Nach langen Ermittlungen liegt nun eine Liste von 79 Personen vor, die in Verdacht stehen, an Massenmorden im Konzentrationslager Mauthausen und dessen Nebenlagern beteiligt gewesen zu sein. Drei der Beschuldigten sind SS-Führer, die meisten anderen Beschuldigten hatten SS-Mannschaftsgrade; weitere 23 Beschuldigte waren Häftlingsfunktionäre.

Insbesondere werden Zeugen gesucht, die über die Lagerärzte Dr. Hermann Kiesewetter (1941 und 1942 in Gusen I) und Dr. Hermann Richter sowie gegen den Verwaltungsführer von Mauthausen, Xaver Strauss, Angaben machen können.

Ferner enthält die Liste folgende Namen: SS-Oberscharführer Heinz Bollhorst, Rapportführer in Mauthausen; SS-Oberscharführer Eduard Dlouhy, Diensthabender in Mauthausen und in den Außenlagern Brettstein, Linz, Loiblpaß und Peggau; SS-Hauptscharführer Max Fassler, Diensthabender in Gusen I; Bernhard Fernkorn, Blockführer in Gusen II; SS-Unterscharführer Hans Gogl, Blockführer im Stammlager, später im Nebenlager Loiblpaß und im Steinbruch Wiener Graben, zuletzt in Ebensee; Franz Pillixeder, Kriminalsekretär der Politischen Abteilung in Gusen; Olf Brandt, Unterführer in der Zahnabteilung; Karl Wassner, Leiter des Krematoriums in Gusen; Johann Schiller, Rapportführer in Schwechat und in St. Valentin; SS-Unterführer Heinrich Schmitz, Diensthabender in Brettstein und Wiener Neustadt und schließlich in Ebensee; SS-Unterführer Karl Richard Schulz; SS-Oberscharführer Hermann Sturm, Blockführer in Mauthausen und in Linz I und III; SS-Oberscharführer Fritz Bernhard Wagner, Hundeführer.

Wir bitten alle Genossen, die in Mauthausen inhaftiert waren, oder deren Hinterbliebene, uns zu schreiben und zweckdienliche Angaben zu machen.

Ein Siebziger in den USA

Am 20. August 1970 ist Genosse Ernst Papanek 70 Jahre alt geworden. In seiner amerikanischen Wahlheimat und über sie weit hinaus ist unser Doktor und Professor als Pädagoge bekannt — bei uns aber ist Ernst Papanek auch heute noch einer ganzen Generation österreichischer Sozialdemokraten ein Begriff geblieben. Er studierte in Wien Medizin und Philosophie, besuchte das Pädagogische Institut und war als Leiter von Schulen und Seminaren bald ein Mittelpunkt von Reformbestrebungen im gesamten Schul- und Bildungswesen der Ersten Republik. Von 1932 bis zur Machtergreifung des grün-weißen Austrofaschismus war Papanek auch Mitglied des Wiener Gemeinderats und Landtagsabgeordneter. Vor allem widmete er sich in diesen bewegten Jahren den

Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung, und er war einer der führenden Funktionäre der damaligen Jungfront. Der Faschismus zwang Genossen Papanek in die Emigration. Er bewährte sich zuerst in Frankreich und später in den USA als Organisator und Leiter internationaler Hilfseinrichtungen für Flüchtlingskinder. Und in den letzten Jahrzehnten war es ihm auch gelungen, auf akademischem Boden besonders erfolgreich zu sein: Denn im Jahre 1964 wurde er als Professor an das Queens College in New York berufen.

Wir haben Genossen Ernst Papanek, einen alten „Linken“ der seinerzeitigen österreichischen Sozialdemokratie, im besten Sinne des Wortes zu seinem Geburtstag ein Glückwunschschreiben übermittelt, in dem es unter anderem heißt:

Lieber Genosse Papanek!

Du feierst heute einen bedeutenden Geburtstag, und daher ist es uns ein Bedürfnis, Dir einen Gruß aus Deiner alten Heimat zu senden.

Im Namen der sozialistischen Freiheitskämpfer Österreichs und Deiner Freunde gratulieren wir Dir herzlichst, wir wünschen Dir, daß Du noch viele Jahre in voller Gesundheit Deine Lehrtätigkeit ausüben kannst, um so Dein Wissen der jungen Generation zu vermitteln.

Das Leben der Generation, der Du und wir angehören, ist reich an Arbeit, an Kämpfen und Erfahrung. In den Sturm-und-Drang-Jahren unserer Jugend wollten wir das Bauvolk der kommenden Zeit sein, wir wollten eine neue Welt bauen, eine Welt der Freiheit, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Wir haben davon geträumt, zu vollenden, was unsere Pioniere begonnen haben. In diesen Träumen fühlen wir uns mit Dir über Zeit und Raum hinweg verbunden.

Es ist anders gekommen, als wir glaubten und hofften. Du hast die Heimat verlassen müssen, Deine Stationen waren Brünn, Paris und schließlich Amerika. Wir sind durch die Finsternis einer langen Nacht gegangen, wir aber haben überlebt und seit den Tagen des Jahres 1945 wandern unsere Gedanken immer wieder in die Welt, wo wir unsere Freunde wissen.

Du hast Dir in Deiner neuen Heimat eine Existenz aufgebaut, und — wie hätte es anders sein können — Du bist geblieben, was Du immer warst, ein Lehrer. Dir ist es gegeben, viel auf diesem Gebiet zu leisten, und Deine Tätigkeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung ist das Band, das niemals reißen kann.

Wir wünschen Dir noch viele Erfolge in Deinem weiteren Leben sowie alles Gute für heute und die Zukunft.

Doch sollst Du auf Deinem Geburtstagstisch ein sichtbares Zeichen unserer Freundschaft finden. Der Bundesvorstand hat nämlich ein goldenes KZ-Abzeichen geschaffen, das jenen verliehen wird, die in schwerster Zeit aufrecht geblieben sind. Da gehörst zu diesem Kreis, und darum sei Dir dieses Ehrenabzeichen verliehen, es soll für Dich eine Erinnerung an die Zeit sein, da Du in Österreich für die Zukunft der arbeitenden Menschen gewirkt hast.

Im Namen der sozialistischen Freiheitskämpfer grüßen wir Dich in sozialistischer Verbundenheit mit einem herzlichen Freundschaft!

Franz Rauscher — ein Siebziger

Unser Genosse Franz Rauscher wurde am 30. Juli 1909 in Wien geboren. Er war ein Schüler Karl Renners und Otto Bauers und schon mit seinem 18. Lebensjahr Funktionär der Sozialdemokratischen Partei. Nach dem 12. Februar 1934 war unser Franz führend am Aufbau der Organisation der illegalen Revolutionären Sozialisten beteiligt; er wurde aber noch im gleichen Jahr verhaftet und beim großen Sozialistenprozess 1936 angeklagt. Nach seiner Verurteilung war er bis zum Jahre 1937 im Lager Wöllersdorf inhaftiert. Als Österreich im Jahre 1938 durch Hitler-Deutschland besetzt wurde, war es mit der Freiheit für Genossen Rauscher wieder zu Ende; die Gestapo verhaftete ihn, und vom August 1939 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges war er in verschiedenen Nazi-Konzentrationslagern in Haft.

Sofort nach seiner Befreiung hat sich Genosse Rauscher dem Wiederaufbau der Arbeiterbewegung in Österreich gewidmet. Er wirkte zuerst in Salzburg bei der Organisation der Sozialistischen Partei mit und wurde später Zentralsekretär der Partei. In der ersten Regierung übernahm Genosse Franz Rauscher im März 1946 die überaus verantwortungsvolle und aufreibende Funktion eines Staatssekretärs im Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, nachdem er zunächst Unterstaatssekretär gewesen war. Diese Funktion im damaligen Krauland-Ministerium übte er bis zum Jahre 1947 aus, dann war er Abgeordneter zum Nationalrat.

Heute noch ist Genosse Franz Rauscher als Direktor des von Otto Neurath gegründeten Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien unermüdlich tätig, eine Aufgabe, der er sich ganz widmet und die weit über die Grenzen unseres Landes hinaus gewürdigt wird. Davon legen zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen Zeugnis ab.

HERRN
PROF. FRANZ RAUSCHER
SPOHRSTRASSE 47/2
1130 WIEN

DEINE FREUNDE UND KAMPFGEFÄHRTEN AUS SCHWERSTER ZEIT GRÜSSEN DICH HEUTE ZU DEINEM GEBURTSTAG ALLERHERZLICHST. WIR WÜNSCHEN DIR ALLES SCHÖNE UND GUTE, VOR ALLEM BLEIBE GESUND UND SO TATKRÄFTIG, WIE DU ES JETZT BIST. WIR DANKEN DIR FÜR DIE LEISTUNGEN DEINES LEBENS IM DIENSTE UNSERER IDEE. UNVERGESSEN BLEIBT, WAS DU IN DER UNTERGRUNDBEWEGUNG DER RS GEWAGT HAST, DEINE HALTUNG VOR GERICHT UND IN DEN GEFÄNGNISSEN UND KONZENTRATIONSLAGERN DES AUSTROFASCHISMUS UND DES DRITTEN REICHES. WIR SIND STOLZ DARAUF, DASS DU ZU UNS GEHÖRST, UND IM NAMEN DER SOZIALISTISCHEN FREIHEITSKÄMPFER WÜNSCHEN WIR DER PARTEI, DASS DU NOCH VIELE JAHRE DEIN WISSEN UND DEINE KRAFT DER ARBEITERBEWEGUNG ZUR VERFÜGUNG STELLEN KANNST. IN SOZIALISTISCHER VERBUNDENHEIT UND FREUNDSCHAFT GRÜSSEN WIR DICH MIT

NIEMALS VERGESSEN!

Ein jüdisches Museum

Auf Anregung von Genossen Landesrat Sinowatz soll in Eisenstadt eine für Österreich wertvolle Kulturstätte errichtet werden — ein jüdisches Museum. Nicht von ungefähr wurde dieser Ort für dieses Vorhaben gewählt. Eisenstadt war die größte der sogenannten „Siebengemeinden“, einer berühmten, bereits im 18. Jahrhundert auf dem Gebiet des heutigen Burgenlands lebenden Gruppe ostjüdischer Siedlungen, deren Spuren bis heute in der Stadt geblieben sind.

Unberührt von der modernen Bautätigkeit blieben die Häuser der Straße, in der sich einst das jüdische Getto befand und später, bis zum Jahre 1938, eine blühende jüdische Gemeinde von insgesamt 450 Seelen lebte und wirkte. Auch die Haus-synagoge der Familie Samson Wertheimer — ein Museumsstück für sich — und der an das Getto grenzende jüdische Friedhof blieben erhalten.

In diesem Rahmen soll nicht nur der abgelaufenen Epoche des österreichischen Judentums eine Erinnerungsstätte errichtet werden, sondern es sollen auch Kultur und Geschichte im allgemeinen in anschaulicher Weise Berücksichtigung finden.

Aus den Niederlanden

Dokumentation des 20. Jahrhunderts

Der wissenschaftliche Mitarbeiter des Reichsinstituts für Kriegsdokumentation, Dr. B. A. Sijes aus Amsterdam, wurde von der Reichsuniversität Leiden eingeladen, als außerordentlicher Hochschulprofessor einen neuen Lehrstuhl für das Studium der politischen und gesellschaftlichen Probleme des 20. Jahrhunderts zu übernehmen.

Der neue Lehrstuhl soll den Namen „Cleveringa-Lehrstuhl“ zum ehrenden Gedenken für Prof. R. P. Cleveringa erhalten, der am 26. November 1940 beim Ausscheiden der durch die Naziokkupanten entlassenen jüdischen Hochschullehrer Meijers und Davids seine berühmte Abschiedsrede hielt. Wegen dieser Rede schlossen damals die Deutschen die Universität.

Die Universität Leiden faßte den Beschluß auf Schaffung des Cleveringa-Lehrstuhls über gemeinsame Initiative der Fakultäten für Rechts- und Sozialwissenschaften. Sie will mit der Berufung von Dr. Sijes die Anerkennung der wissenschaftlichen Arbeit dieses Historikers dokumentieren, der erst vor kurzem mit dem Ehrendoktorat der Universität Amsterdam ausgezeichnet wurde.

Dr. Sijes übernahm mit 1. Mai 1970 den Cleveringa-Lehrstuhl. Prof. Dr. h. c. B. A. Sijes* war einer der Vortragenden, als wir anlässlich unseres Besuches im Anne-Frank-Haus in Amsterdam waren.

Aus der Bundesrepublik

Den Bemühungen der deutschen Justizbehörden ist es zu danken, daß zahlreiche Massenmorde, die der Nationalismus auf dem Gewissen hat, aufgedeckt und die Schuldigen bestraft werden. Dagegen werden von manchen deutschen Gerichten immer wieder Urteile gefällt, die diesem ernsthaften Bestreben dann schließlich doch nicht ganz gerecht werden. Und vor allem wird am meisten kritisiert, daß es den Anschein hat, als würden für die sogenannten Schreibtischmörder immer wieder andere Maßstäbe angelegt als für die ihnen unterstellten wirklichen Gewalttäter. Die Problematik dieser Feststellungen ist ja wohl bekannt: Der verantwortliche Kommandant war nicht der Täter, und der Täter war nicht verantwortlich; denn er beruft sich häufig auf den sogenannten „Befehlsnotstand“. Aber dennoch müssen die ernsthaften Bemühungen der Staatsanwälte und insbesondere der Zentralstelle voll anerkannt werden, wenn es auch nicht immer gelingt, mit den Sünden der Vergangenheit aufzuräumen.

Von den vielen Straffällen, die Widerspruch und Empörung zugleich heraufbeschwören, sei der Fall Johannes Thümmler genannt: Als am 2. November 1964 im Großen Frankfurter Auschwitz-Prozess Dr. Johannes Thümmler als Zeuge aufgerufen wurde, trat ein eleganter Mann selbstsicher in den Zeugenstand. Im Laufe seiner Aussagen stellte sich dann heraus, daß dieser Dr. Johannes Thümmler vom 1. Oktober 1943 bis zur Räumung im Jänner 1945 seines Ranges als SS-Obersturmbannführer und seines Dienstgrads als Oberregierungsrat Gestapo-Chef von Kattowitz war. In dieser Eigenschaft hatte er auch die sogenannten Sondergerichte in Auschwitz präsidiert, die, wie später ein anderer Zeuge bekundete, in knapp zwei Stunden mehr als 200 Urteile fällten. Freilich, der Zeuge Thümmler selbst gab zu, wohl mehrere hundert Urteile gefällt zu haben, aber daß er ja überhaupt nur zwei Sprüche fällen konnte: nämlich Tod durch Erschießen oder Einweisung in das KZ Auschwitz. Und so habe er seiner Erinnerung nach eben in etwa 60 Prozent der Fälle auf Tod erkannt. Denn, wie er sagte: „... es gab ja keine Unschuldigen.“ Diese einigermaßen gespenstisch anmutende Szene endete damit, daß der Zeuge verbindlich den Vorsitzenden grüßte, distanziert und voller Mitleid auf die angeklagten SS-Schergen blickte und dann wieder sicheren Schrittes den Gerichtssaal verließ. Auf der Anklagebank blieben jene SS-ler sitzen, die unter anderem auch deswegen in Haft waren, weil sie die von Thümmler oder einem seiner Vorgänger für den Tod durch Erschießen bestimmten Opfer tatsächlich an der Schwarzen Wand in Auschwitz erschossen hatten.

Wer ist nun dieser Dr. Johannes Thümmler? Er wurde am

23. August 1906 geboren, trat noch vor der Machtergreifung der Nazis der NSDAP bei und erhielt im Jahre 1932 seine Mitgliedskarte mit der Nr. 1245547. Er trat aber auch freiwillig der SS bei, und hier stand die Mitgliedsnummer 323711 auf seiner Mitgliedskarte. Thümmler begann seine Laufbahn im Polizeipräsidium in Dresden, um schließlich als SS-Offizier bis zum Chef des Einsatzkommandos 16 aufzusteigen, dem neben dem Goldenen Parteiabzeichen der NSDAP zahlreiche Ehrungen für seine Verdienste um das Dritte Reich verliehen wurden. Eine seiner „verdienstvollen“ Funktionen war die des Vorsitzenden eines sogenannten „Standgerichts“, das im Block XI des Lagers Auschwitz tagte. Vor diesem „Standgericht“ dauerte ein vollständiges Gerichtsverfahren einschließlich Urteilsverkündung insgesamt meist nur einige Minuten, und die Urteile wurden unmittelbar darauf im Hof des Blocks XI an der Todeswand vollstreckt. Im allgemeinen pflegt man solches Tun ganz schlicht und einfach als gemeinen Mord zu bezeichnen. Ob es wirklich auch Mord im juristischen Sinn sei, sollte später von Gerichten entschieden werden.

Die Untersuchungen in diesem Fall nahmen fast fünf Jahre in Anspruch und wurden von der Staatsanwaltschaft in Stuttgart durchgeführt. Sie wurden dadurch wesentlich erschwert, daß der zuständige Staatsanwalt nicht die Möglichkeit erhielt, ausländische Zeugen in ihrem Land zu hören, um sich so ein Bild von deren Persönlichkeit und ihrem Wissen machen zu können. Wie wichtig solche Einvernahmen an Ort und Stelle tatsächlich sind, brachte kürzlich der Oberstaatsanwalt Schuster aus Essen zum Ausdruck, der unter anderem sagte:

„Eine richtige Zeugenauswahl kann man nur treffen, wenn die Zeugen im Ermittlungsverfahren gründlich vernommen worden sind. Sind die Zeugen im Ermittlungsverfahren und in der Voruntersuchung nämlich nur oberflächlich und unsachgemäß vernommen worden, hat es der Anklageverfasser schwer, zu befinden, wen er benennen soll und wen er sich schenken kann. Wir haben oft die Beobachtung gemacht, daß sich Zeugen, von denen man auf Grund der oberflächlichen polizeilichen Aussage meinte, man könne nicht viel erwarten, als recht brauchbar erwiesen, aber auch umgekehrt. Wir haben zum Beispiel mit den Aussagen französischer Zeugen, die sie daheim der Polizei machten, recht trübe Erfahrungen gemacht. Da hätten sich Reisen des Staatsanwalts nach Frankreich zur Teilnahme an Vernehmungen im Ermittlungsverfahren durchaus gelohnt. Hier mit Dienstreisen zu sparen, ist Sparsamkeit am falschen Platz. Zwei nutzlos vernommene Zeugen machen einen Sitzungstag aus. Bei uns trugen allein die sechs Verteidiger an manchen Sitzungstagen sechsmal 600 DM nach Hause. Für die Kosten eines einzigen nutzlosen Sitzungstages kann ein Staatsanwalt oft nach Frankreich reisen.“

Für die Untersuchung, die gegen Thümmler geführt wurde, wären in erster Linie polnische Zeugen einzuvernehmen gewesen. Aber der mit der Untersuchung beauftragte Staatsanwalt in Stuttgart bekam diese Möglichkeit nicht, und so konnte er nicht einmal den Kronzeugen in diesem Verfahren, den ehemaligen Auschwitz-Häftling Jan Pilecki, einvernehmen, der als Schreiber im Bunker mit den Opfern der Kattowitzer Gestapo laufend Kontakt hatte. Das Frankfurter Gericht hatte seinerzeit die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen ausdrücklich bestätigt. Aber was geschah nun weiter im Fall Thümmler?

Am 25. September 1969 beantragte die Staatsanwaltschaft, das Verfahren gegen Thümmler in all jenen Fällen einzustellen, die die Verurteilung durch die von ihm geleiteten „Sondergerichte“ betraf, obwohl dokumentarisch nachgewiesen wurde, daß auf diese Weise mindestens 658 Menschen getötet wurden. Der Antrag, das Verfahren einzustellen, wurde damit begründet, daß auch andere (!) deutsche Gerichte entschieden hätten, Juristen, wie Thümmler einer war, hätten seinerzeit die Strafrechtsverordnung für Polen, die die Nazis erlassen hatten, für gültiges Recht halten können.

Dennoch blieben aber weitere Verbrechen übrig, die Thümmler zur Last gelegt wurden, und die Stuttgarter Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen ihn. Aber das zuständige Gericht in Ellwangen beschloß später, nach fast einem Jahr, dieses Strafverfahren erst gar nicht zu eröffnen, sondern Thümmler auf freien Fuß zu setzen und ihm die Auslagen zu ersetzen, die ihm aus dem Verfahren erwachsen waren. Der Strafsenat nahm die Beweiswürdigung, die ja eigentlich nur in einer ordentlichen Gerichtsverhandlung erfolgen kann, einfach vorweg, ohne daß auch nur ein einziger Zeuge gehört wurde. Der Kronzeuge Pilecki wurde überhaupt nicht einmal einvernommen.

Herr Dr. Johannes Thümmler, der heute in einer hohen Position der bekannten Carl-Zeiss-Werke bei Oberkochen tätig ist und auch sonst hohe Funktionen bekleidet, wird aber vielleicht doch noch Gelegenheit haben, zu den gegen ihn vorgebrachten Anklagen Stellung nehmen zu müssen. Denn das Oberlandesgericht in Stuttgart wird nun über die Berufung zu befinden haben, die der Staatsanwalt gegen den Beschluß der Richter des Landgerichts Ellwangen eingelegt hat.

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 11—12, November-Dezember 1969, S. 3.

Aus dem Wiener Landesverband Sprechstunden des Kassiers

Genosse Alois Waschek steht an jedem ersten und dritten Dienstag des Monats von 14 Uhr bis 18 Uhr in unserem Sekretariat, Wien I, Löwelstraße 18, 4. Stock, für alle Angelegenheiten der Beitragsabrechnung zur Verfügung.

Dem Gedenken Käthe Leichters

Unsere Käthe Leichter, eine der hervorragendsten Funktionärinnen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Österreichs in den Zwischenkriegsjahren, wäre in diesen Tagen 75 Jahre alt geworden. Käthe Leichter leistete schon als sehr junge Frau sozialistische Bildungsarbeit in Wort und Schrift und wurde bald zum Vorbild der jungen Arbeiterinnen in den Fabriken. In der Zeit des Austrofaschismus war ihre Wohnung ein Zentrum der illegalen revolutionären Sozialisten. Während es ihrem Mann und ihrem Sohn in den Tagen des Anschlusses Österreichs an Hitlerdeutschland noch gelang, ins Ausland zu fliehen, wurde Käthe Leichter, eine große Hoffnung der unterdrückten sozialistischen Bewegung, von der Gestapo verhaftet und in das berüchtigte Konzentrationslager Ravensbrück gebracht. Im Februar 1942 wurde die aufrechte Sozialistin in einer Gaskammer des Dritten Reiches ermordet.

*

1. November 1970. So wie jedes Jahr findet auch heuer am 1. November 1970 der Schweigemarsch zum Mahnmal auf dem Wiener Zentralfriedhof statt, der mit einer Kranzniederlegung verbunden ist.

Wir treffen uns um 8.45 Uhr vor dem 2. Tor des Wiener Zentralfriedhofs; der Zug setzt sich pünktlich um

Der Österreichische Freiheitskampf 1934—1945

Die Volkshochschule Brigittenau veranstaltet anlässlich der Gründung der Zweiten Republik vor 25 Jahren eine Vortragsreihe, die in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes durchgeführt wird. Die Vorträge finden ab 3. November 1970 jeweils am Dienstag (14tägig) statt und beginnen um 19 Uhr. Die Diskussionsleitung hat Prof. Herbert Steiner vom Dokumentationsarchiv übernommen:

- 3. November: Dr. Wolfgang Neugebauer: Der Widerstand gegen den Faschismus 1934—1938
- 17. November: Abg. z. NR Alfred Ströer: Die Arbeiterschaft und der Widerstand
- 1. Dezember: Sekt.-Rat Dr. Kurt Skalnik: Das österreichische Bürgertum und der Widerstand
- 15. Dezember: Gend.-Oberst a. D. Dr. Ferdinand Käs: Der militärische Widerstand und die Befreiung

Es ist auch vorgesehen, eine Ausstellung über den Österreichischen Widerstand während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den Räumen der Volkshochschule Brigittenau zu zeigen.

Der Besuch der einzelnen Vorträge ist frei; sie sind für jedermann zugänglich, doch wird empfohlen, eine Freikurskarte zu lösen, da es sich um eine Stiftungsreihe der Arbeiterkammer Wien handelt.

Die Vortragsreihe findet in der Volkshochschule Brigittenau, XX, Raffaelgasse 13 (Nähe Brigittaplatz) statt, Straßenbahnlinien 31, 131, 132, Autobuslinie 5.

Wir machen alle Genossinnen und Genossen auf diese wertvolle Vortragsreihe ganz besonders aufmerksam und erwarten viele Besucher.

9 Uhr in Bewegung. Alle Genossinnen und Genossen aus den einzelnen Bezirksgruppen sowie die Delegationen, die an dem Schweigemarsch in Wien teilnehmen können, werden gebeten, sich rechtzeitig zu versammeln.

Unsere Landesorganisationen beziehungsweise deren Bezirksgruppen veranstalten eigene Kundgebungen, zu denen in der Parteipresse beziehungsweise durch Rundschreiben eingeladen worden ist. Unsere Zeitung wird darüber berichten, und wir bitten alle Genossen, uns die einzelnen Berichte umgehend zukommen zu lassen.

*

Unsere Bundeshauptversammlung. Der Bundesvorstand hat in der Sitzung vom 11. September 1970 gemeinsam mit der Obmännerkonferenz beschlossen, den Termin der Bundeshauptversammlung nun auf den 20. und 21. Februar 1971 zu verlegen. Die Vertagung der Bundeshauptversammlung erfolgte auf begründetes Ersuchen einiger Landesverbände. Wir bitten daher, den neuen Termin vorzumerken; die Bundeshauptversammlung wird in Wien stattfinden, Ort, Zeit und Tagesordnung werden noch bekanntgegeben werden.

Die Bezirke berichten:

Wieden

Meta Steinitz — 80 Jahre. Unser Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sowie die Bezirksorganisation Wieden versäumten es nicht, ihrem lieben Mitglied zum 80. Geburtstag zu gratulieren. Unsere Genossin Meta Steinitz wurde am 27. August 1890 geboren und gehört schon seit dem Jahre 1919 der Sozialistischen Partei an. Sie ist auch seit Gründung unseres Bundes dessen treues Mitglied. Sie ist von Schicksalsschlägen nicht verschont geblieben: Noch immer lebt die Erinnerung an die bittere Zeit in ihr, die sie damals erleben mußte, als ihr geliebter Gatte Genosse Dr. Heinrich Steinitz, einer der angesehensten Schriftsteller und ein bekannter Rechtsanwalt Wiens, nach dem Anschluß Österreichs an das „Reich“ mit dem ersten Gefangenentransport in das KZ Dachau gebracht wurde. Er wurde durch verschiedene Konzentrationslager geschleppt, bis er im Jahre 1942 in der Gaskammer von Auschwitz durch SS-Bestien umgebracht wurde.

Wir alle danken dieser wunderbaren und tapferen Frau aus vollem Herzen für ihre Treue und Hingabe an die Idee des Sozialismus. Mögen in neuester Zeit auch immer wieder Stimmen laut werden, man solle doch endlich vergessen — wir versprechen unserer Genossin Steinitz zu ihrem 80. Geburtstag, daß ihr Leidensweg auch unserer ist und bleibt; wir werden niemals vergessen!

Die sozialistischen Freiheitskämpfer wünschen der Genossin Steinitz noch viele Lebensjahre bei bester Gesundheit und hoffen, daß sie noch lange gemeinsam mit allen ihren Kampfgefährten aus der schweren Zeit für Freiheit und Demokratie wirken kann. Nochmals Freundschaft, Genossin Steinitz!

*

Ludwig Heitler †. Am Mittwoch, dem 12. August 1970, verstarb plötzlich und unerwartet im 84. Lebensjahr unser Genosse Ludwig Heitler. Die Bezirksorganisation Wieden verliert mit ihm wieder ein treues und verlässliches Mitglied. Genosse



Ludwig Heitler gehörte seit 1902 der damaligen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beziehungsweise der Sozialistischen Partei an, war viele Jahre Mitarbeiter und Vertrauensmann und lange Jahre Bezirkskassier. Mehrere Jahre war er auch zweiter Obmann unserer Bezirksgruppe. Schon im Jahre 1958 wurde ihm in Anerkennung seiner Verdienste um die Sozialistische Partei die Victor-Adler-Plakette verliehen.

Als die Nacht des Hitlerfaschismus über Österreich hereinbrach, mußte er so manches schwere Leid auf sich nehmen, und er war schwerer politischer Verfolgung ausgesetzt. Aber Genosse Heitler blieb sowohl während des grünen und auch dann während des braunen Faschismus stets ein aufrechter Sozialist. Nach dem fürchterlichen Krieg, als der Nationalsozialismus im Jahre 1945 nach schrecklichen Blutopfern zusammenbrach, war unser Freund Genosse Ludwig Heitler sofort wieder zur Stelle, um seine Arbeit in der Partei wieder aufzunehmen, und er hat unserer sozialistischen Bewegung wertvolle Dienste geleistet. Alle spürten seine Wahrhaftigkeit und seine tiefe Liebe zur Partei.

Die Einäscherung unseres teuren Toten fand am Dienstag, dem 18. August 1970, in der Feuerhalle Wien-Simmering statt. Bezirksobmann Genosse Marksz nahm in bewegten Worten von dem Dahingegangenen Abschied. Wir alle trauern auf-

richtig um ihn, und wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Wir alle sagen ihm nochmals Dank für die vielen Opfer, die er gebracht hat. Lieber Ludwig, zum Abschied sagen wir dir nochmals ein „Freundschaft!“. Wir werden dich niemals vergessen.

Margareten

Jahresversammlung. Am 14. Februar 1970 hielt die Bezirksgruppe Margareten im Ferdinand-Leissner-Saal der SPO-Bezirksorganisation Margareten ihre Jahresversammlung ab.

Nach herzlichen Begrüßungsworten an die zahlreich erschienenen Mitglieder und den Referenten, Genossen Georg Riedler, Obmann der „jungen generation margareten“, eröffnete unser Obmann Genosse Franz Heigelmayr die Jahresversammlung. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt. Dann gedachte der Obmann unserer im Berichtsjahr von uns geschiedenen Mitglieder, der Genossen Georg Baar (85), Emil Glass (71), Hans Gumpelmeier (85), Josef Holzhauser (72), Ludwig Hübner (69), Leo Müllner (72), Emmerich Sailer (61) und Franz Zilka (75). Der von den Anwesenden stehend angehörte Nachruf wurde in tiefer Ergriffenheit zur Kenntnis genommen.

Anschließend wurde der Bericht des Genossen Franz Böhm als Prüfer des vorjährigen Protokolls genehmigt. Dann wurden die Prüfer des heurigen Protokolls sowie das Wahlkomitee für die heurige Jahresversammlung bestellt. Genosse Heigelmayr erinnerte einleitend zu seinem Bericht an die Worte von Berthold Viertel anlässlich des 35. Jahrestages des 12. Februar 1934 vom Vorjahr. Berthold Viertel sagte damals:

„Man sagt: Für Freiheit gaben sie ihr Blut!
Ein Tauschgeschäft, das sie nicht überlebten.
Ihr aber, die ihr überlebt, merkt es euch gut.
Für Freiheit gaben sie ihr Blut!“

Genosse Heigelmayr erklärte, er wolle auch heute seinen Bericht im Gedenken an unsere Kämpfer und Opfer des 12. Februar 1934 beginnen. Denn seiner Ansicht nach ist es Verpflichtung unseres Bundes, in den Februartagen stets der Helden des Februar 1934 in Ehren zu gedenken. Auch der Schweigemarsch und die Kranzniederlegung am Mahnmahl im Zentralfriedhof gehören dazu. Für uns ist der 12. Februar 1934 nicht nur eine Jahreszahl, mit der man dem ÖVP-Mandatar Dr. Hauser „den Hobel ausblasen“ könne; für uns sind die Februartage das, wozu Genosse Dr. Kreisky im Leitartikel der „AZ“ vom 13. Juli 1969 klare Stellung bezogen hat.

In seinen weiteren Ausführungen erinnerte der Redner an die Bundeshauptversammlung vom November 1968, in wel-

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes, Wien 1, Saltorgasse 6

Besuchszeiten:

Montag: 14 bis 18 Uhr
Donnerstag: 8 bis 12 Uhr
Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
Sonntag: 9 bis 12 Uhr

cher anlässlich des 30. Todestages des im Juli 1938 im Exil verstorbenen Genossen Dr. Otto Bauer die Schaffung einer Otto-Bauer-Plakette und in einer Arbeitstagung im Jänner des Berichtsjahres unter anderem das Regulativ für die Verleihung dieser Plakette beschlossen wurde.

Vertreter unserer Bezirksgruppe haben im Berichtsjahr auch an der Eröffnung einer Ausstellung preisgekrönter Entwürfe für eine Gedenkstätte in Theresienstadt sowie am 25. März 1969 an der Jahresversammlung des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung teilgenommen, bei der ein ausführlicher Bericht über den 10jährigen Bestand dieses Vereins vorgelegt wurde. Aber auch an einer am 23. März 1969 vom Spanienkomitee und am 28. März von der sozialistischen Bildungszentrale veranstalteten Solidaritätskundgebung und Gedenkstunde anlässlich des Falles von Madrid vor 30 Jahren nahmen Vertreter unserer Bezirksgruppe teil. Selbstverständlich beteiligten sich viele unserer Mitglieder an den Vorarbeiten für die Landtags- und Gemeinderatswahlen am 27. April des Berichtsjahres. Über Wunsch unserer Bezirksgruppenleitung wurde unser Funktionär Genosse Siegfried Rosenberg auf die Kandidatenliste für die Margaretner Bezirksvertretung aufgenommen.

Weiters berichtete der Obmann von der Eröffnung der Gedenkstätte im Gebäude des ehemaligen Hotels Metropol und über die ständige Ausstellung im Dokumentationsarchiv im Alten Rathaus in der Wipplingerstraße, deren Besuch jedermann eindringlich empfohlen wurde.

Unter Hinweis auf die Großkundgebung unseres Bundes am 6. Mai 1969 im Haus der Begegnung im 6. Bezirk, in welcher unser Ehrevorsitzender Genosse Manfred Ackermann eine erhebende Ansprache zum Gedenken an Dr. Otto Bauer hielt, wurden die Anwesenden zum Kauf und Vertrieb der in Broschürenform vorliegenden Festrede aufgefordert. Um an unserer Großveranstaltung teilnehmen zu können, hat Genosse Dr. Kreisky damals sogar auf einen Opernbesuch verzichtet, und er wurde dafür mit besonderem Beifall bedankt.

Bei der folgenden Erwähnung des mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ beschlossenen Zwischenzeitengesetzes wurde

eindringlich vor dem Wiedererstehen der braunen Totengräber gewarnt und auf einen Artikel der „AZ“ vom 29. September 1969 verwiesen.

Anlässlich der geplanten Auflage eines Kataloges über bestehende Gedenkstätten und Mahnmale aller Opfer des Faschismus aus den Jahren 1934 bis 1945 haben wir die am Hause in Wien 5, Margaretengürtel 126, befindliche Gedenktafel für Viktor Christ angemeldet.

Nach einem ausführlichen Bericht über das vom 2. bis 7. Juni 1969 veranstaltete und besonders von den Bundesländern stark besuchte „Antifaschistische Seminar für junge Sozialisten“ wurde von der im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft durchgeführten und von unserer Genossin Rudolfine Muhr geleiteten Pilgerfahrt in das Anne-Frank-Haus in Amsterdam berichtet. In diesem Zusammenhang erwähnte Genosse Heigelmayr, daß Aktionen der Arbeitsgemeinschaft nur durch unseren Bundesvorstand und nur dann veranstaltet werden, wenn alle drei gesetzlich anerkannten Opferverbände einheitliche Beschlüsse fassen.

An einer Festversammlung am 3. Oktober 1969 anlässlich des 70. Geburtstages unseres Bundespräsidenten Franz Jonas nahmen auch Vertreter unserer Bezirksgruppe teil.

Mit den Worten aus dem Weihnachtsbrief unseres Bundespräsidiums — „Du warst jederzeit bereit, alle Opfer auf Dich zu nehmen, wenn es galt, Dich für die Idee der Freiheit und der Demokratie einzusetzen, Du tust alles, was von Dir verlangt wird! Nur eines darf man von Dir nicht verlangen, nämlich: zu vergessen!“ — schloß Genosse Heigelmayr seinen Bericht.

Anschließend wurde der von Genossin Auguste Sailer vorgelegte Kassabericht sowie der vom Genossen Otto Kucera erstattete Bericht der Kontrolle und der von ihm eingebrachte Antrag auf Entlastung der Bezirksgruppenleitung einstimmig angenommen.

Die nun durchgeführte Wahl brachte folgendes Ergebnis:

1. Obmann:	Genosse Franz Heigelmayr
2. Obmann:	Genosse Franz Grubeck
3. Obmann:	Genosse Friedl Rosenberg
1. Kassier:	Genossin Franziska Grubeck
2. Kassier:	Genossin Auguste Sailer
1. Schriftführer:	Genosse Karl Wolf
2. Schriftführer:	Genosse Franz Hofstätter
Opferreferent:	Genosse Friedl Rosenberg
Kontrolle:	die Genossen Otto Kucera, Peter Lahl, Hans Smetana und Franz Tomandl

In einem kurzen, aber eindrucksvollen Referat über das Thema „Der junge Mensch und die demokratische Freiheit“, das Genosse Riedler hielt, wies der Redner besonders auf die Notwendigkeit der Aufklärung durch Elternhaus und Schule hin, aber auch auf das von unserem Bund veranstaltete „Antifaschistische Seminar für junge Sozialisten“; er wurde mit vielen zustimmenden Zwischenrufen bedankt. Als erschütternd bezeichnete der Redner die vielen negativen Antworten junger Menschen auf Reporterfragen über unsere Staatsform, über Demokratie und über Faschismus. Die so oft gehörte Antwort „Das weiß ich nicht“ müßte eigentlich die Schulbehörden zum Nachdenken und in weiterer Folge zu einer Reorganisation des Unterrichts veranlassen.

Nach einer interessanten Diskussion, an der sich mehrere Redner beteiligten, konnte der Vorsitzende dem Referenten den besten Dank für seine Ausführungen aussprechen. Nach Bekanntgabe verschiedener für 1970 geplanter Veranstaltungen, besonders der Großveranstaltung im April im Konzerthaus anlässlich der Befreiung Österreichs vor 25 Jahren, schloß Genosse Heigelmayr die Jahresversammlung mit der Aufforderung: Jetzt auf zur Mitarbeit für einen Wahlsieg am 1. März 1970!

Favoriten

Heinrich Horn †. Ein guter Freund, unser Genosse Heini Horn, ist am 1. Juni 1970 für immer von uns gegangen. Er gehörte unserer Partei schon seit seiner frühesten Jugend an



und seine Treue zu unserer Bewegung fand auch durch die Verleihung des Goldenen Parteiabzeichens sichtbaren Ausdruck. Genosse Horn hat sich durch seinen Fleiß sowie durch seine von zuversichtlicher Gläubigkeit getragene Arbeit aus kleinsten Anfängen zu einer beachtlichen Position im Wirtschaftsleben emporgearbeitet. Heini, der die Jahre von 1942 bis 1945 im KZ Theresienstadt verbringen mußte, hat dort alle Barbarei miterlebt, die für so viele seiner Leidensgenossen bittere Endstation geworden ist. Er hatte aber das Glück, diese Schreckenszeit zu überleben, und als er im Jahre 1945 wieder in Freiheit kam, begann er mit schier ungebrochenem Eifer für unsere Sache zu arbeiten, obwohl er selbst wieder ganz von vorne beginnen mußte, um sich eine Existenz aufzubauen.

Für die Partei, aber auch für die Sozialistischen Freiheitskämpfer hat er immer alles getan, was in seinen Kräften stand, und auch seine Mitarbeiter sahen in ihm einen verständigen, stets hilfsbereiten Vorgesetzten. Nun ist unser Freund und Kampfgefährte nicht mehr unter uns; seine Arbeit und sein Wirken wird uns sehr fehlen. Wir wollen um so mehr in seinem Sinne weiterarbeiten. Niemals vergessen!

Währing

Im Zusammenhang mit der Affäre Öllinger haben die Genossen der Bezirksgruppe Währing unseres Bundes eine begrüßenswerte Aktion gestartet, die vielleicht zu ähnlichen Initiativen bei anderen Anlässen, aber auch sonst im Rahmen der Aufgaben, die sich unser Bund innerhalb unserer Partei gestellt hat, als Anregung oder nachahmenswertes Beispiel gelten kann.

Die Bezirksgruppe hat an alle Sektionen der Bezirksorganisation ihres Bezirks einen Brief geschrieben, der folgenden Wortlaut hatte:

Werte Genossen!

Eigentlich handelt es sich um eine nebensächliche Affäre: den Fall Öllinger. In einer Massenpartei wie unserer SPÖ wird so etwas hoffentlich nicht mehr vorkommen. Aber sie ist doch Anlaß genug, Euch diese Information zu geben.

Von den rund 450.000 Mitgliedern der NSDAP in Österreich (Stand Jänner 1939) dürfte noch rund die Hälfte leben. Wie viele von ihnen deren militanten Organisationen (Sicherheitsdienst = SD, Gestapo — Geheime Staatspolizei, Sturmstaffeln = SS, Sturmabteilungen = SA) angehört haben, ist nicht mehr mit Sicherheit eruiert. Ebensovienig wissen wir auch über jene Menschen, die ihren politischen Irrtum erkannt haben und den Weg in das Lager der Arbeiterklasse zurückfanden. Denn in diesen 25 Jahren muß denn doch etwas an historischer Erkenntnis gewonnen worden sein. Jedenfalls wollen wir zwischen dem „Nazi“, dem Mitläufer und dem Faschisten, dem wohlgezogenen und bewußt handelnden Mitglied einer Mörderbande, unterscheiden. Sie sind die Todfeinde der Arbeiterklasse, die Todfeinde jeder demokratischen Freiheit.

Österreich verlor in den Jahren der Naziherrschaft von 1938 bis 1945

- 2.700 Frauen und Männer, die wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, wegen Hoch- und Landesverrats angeklagt, „verurteilt“ und justifiziert wurden;
- 16.493 Frauen und Männer, die als Widerstandskämpfer in Konzentrationslager eingeliefert und nach kürzerer oder längerer Haft ermordet wurden;
- 9.687 Frauen und Männer, die als Widerstandskämpfer in den Gefängnissen der Gestapo ermordet wurden;
- 6.420 Frauen und Männer, die in Kerkern und Zuchthäusern auf andere Art und Weise ums Leben gebracht wurden;
- 51.500 Frauen, Männer und Kinder, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur jüdischen Religion oder aus rassistischen Gründen in besondere Konzentrationslager eingeliefert und dort „vergast“, erschlagen oder erschossen worden sind.

Die verschiedenen Gruppe der Widerstandskämpfer, allen voran der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, wahren die Ehre und das Vermächtnis dieser teuren Toten. Unser Bund ist zugleich der Vertreter der Angehörigen dieser Opfer und darüber hinaus Warner vor den Gefahren des Faschismus.

Das alles zwingt und berechtigt uns zu leidenschaftlicher Kritik, wenn die Auslese von zu hohen Staatsfunktionen berufenen Personen nicht mit jener Sorgfalt vorgenommen wird, die mit Recht erwartet werden kann. Der Fall Öllinger ist für uns richtig zu einem „Fall“ geworden, weil jemand in das Rampenlicht der Ereignisse getreten ist oder gebracht wurde — bar der Erkenntnis, daß er im Schatten zu bleiben hat. Aber auch im Schatten kann man für das Wohl der Arbeiterklasse wirken, wenn man es nur ehrlich will.

Genosse Franz Pavelka, der den Brief namens der Bezirksgruppe unterschrieben hat, fügte dem Schreiben noch hinzu, daß es sich eigentlich ja darum handeln sollte, für den Anlaß die Information wahrzunehmen, die wir geben wollten: Wir wollen das Gewissen unserer Partei bleiben. „Die zeitweilige Aufreicherung tut gut“, sagte Genosse Pavelka, bevor er mit sozialistischen Grüßen schloß; aber das Bessere ist des Guten Ablöse. Nicht nur zeitweilig aufreichten wollen die sozialistischen Freiheitskämpfer, sondern stetige Mahnung und permanente kritische Diskussion ist das Ziel unserer Arbeit.

Aus den Landesorganisationen

Oberösterreich

Deutsche Genossen zu Besuch bei uns. Am Mittwoch, dem 1. Juli 1970, besuchten uns 39 Genossinnen und Genossen der Organisation demokratischer Aktivisten „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ aus Frankfurt am Main. Die Gäste wurden von unserem Schriftführer Genossen Josef Hirsch namens der Stadt Linz, der Landesparteiorganisation Oberösterreich und des Landesvorstandes des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer begrüßt. Vom Landesvorstand des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer waren noch die Genossen Dametz, Fuchs und Kalvoda erschienen. Die deutschen Gäste wurden vom Obmann des Ortsvereines Frankfurt des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, Genossen Friedl Funk, angeführt.

Nach Überreichung eines „Linz-Buches“ an Genossen Funk im Büro des Bürgermeister-Stellvertreters Samhaber übernahm Genosse Hirsch die Führung der Besucher bei einer Stadtrundfahrt durch das aufstrebende Linz. Im Anschluß daran waren die Linzer Genossen im Restaurant „Zum goldenen Kreuz“ bei einem Mittagessen Gäste der deutschen Besucher. Nachher gab es Grußadressen der Genossen Funk und Hirsch, und man überreichte einander die Verbandsabzeichen. Außerdem überreichte Genosse Funk das Buch „Der 20. Juli 1944“ als Gastgeschenk.

Genosse Hirsch dankte für das Gastgeschenk und wies darauf hin, daß dieses Treffen beredetes Zeugnis dafür sei, wie lebendig die Vergangenheit auch heute noch ist, und daß

nur die Pflege kameradschaftlich-humanen Gedankenaustausches uns und die Welt vor einem Wiedererstehen faschistischer Tendenzen schützen könne.

Um 14 Uhr traf auch der Landesobmannstellvertreter Genosse Kirchschräger bei uns ein und wir fuhren ins KZ Mauthausen, wo die deutschen Gäste einen Kranz am Sarkophag auf dem Appellplatz niederlegten.

Genosse Funk hielt für die deutschen Gäste eine Gedenkrede, die er mit dem Gelöbnis schloß, stets dafür einzutreten, daß den antidemokratischen, neofaschistischen Elementen ein entschlossener Kreis von echten Demokraten und Humanisten in ihrem Zerstörungsdrang Einhalt gebieten werde.

Genosse Hirsch schloß sich für die oberösterreichische Delegation mit einer Gedenkrede an, welche er mit dem Versprechen abschloß: „Auch wir hier in Österreich wollen besonders wachsam sein, damit uns nicht finanzstarke imperialistische Kräfte eines Tages über eine „politische Hintertür“ einen neuzeitlichen Hitler bescheren, der die Welt ins neue Grauen und Leid stoßen könne. „Dazu brauchen wir aber“, so schloß Genosse Hirsch seine Gedenkrede, „verantwortungsbewußte Eltern, die nicht davor zurückschrecken, ihre Kinder — unsere Jugend — darüber aufzuklären, daß am Anfang all diesen Leides abfällige Redensarten über die Einrichtungen der Demokratie standen, so wie auch jetzt sehr oft in Presse, Rundfunk und Fernsehen.“

Wir haben in unserem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer einen Wahlspruch: „Niemand vergessen“. Dieser Wahlspruch ist manchem unserer Zeitgenossen sehr un bequem. Er ist für uns aber die Garantie dafür, daß diese schreckliche Vergangenheit auch tatsächlich Vergangenheit bleibt. Mögen die ewig Gestrigen auch mit der Vergeblichkeit der Mitbürger rechnen und sich zu neuen Untaten rüsten. Sie werden uns stets wach finden, dies mit allen unseren Kräften zu verhindern!“

Nach einer kurzen Zwischenstation auf dem Linzer „Hausberg“, dem Pöstlingberg, nahmen wir Abschied von unseren deutschen Freunden. Die Genossen Kirchschräger, Fuchs, Dametz und Kalvoda verabschiedeten sich bereits hier von den Gästen. Genosse Hirsch fuhr mit den Gästen noch bis zur Donaulände, wo er mit herzlichen Freundschaftsgrüßen und den besten Wünschen für ihren weiteren Aufenthalt in Österreich aber nicht zuletzt für ihr Wirken in unserer internationalen Gemeinschaft von ihnen Abschied nahm.

Wieder einmal wurde unter Beweis gestellt, was es bedeutet, ein gemeinsames Schicksal erfahren zu haben.

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Franz Plasser †. Wenige Tage vor seinem 77. Geburtstag starb im Allgemeinen Krankenhaus Linz unser Genosse Franz Plasser. Seine Krankheit war sehr kurz: Zwei Tage lang währte sein Leiden, ehe ein Herzschlag seinem arbeitsreichen Leben ein Ende setzte. Genosse Franz Plasser war der Sohn einer 14köpfigen Familie; sein Vater arbeitete in Steyrmühl in der Papierfabrik, und es war eine eher ärmliche Jugend, die Franz durchlebte. Im Ersten Weltkrieg war er vier Jahre lang eingerückt, und als es ihm nach 1918 endlich gelang, bei der Post unterzukommen, da schien ihm das größte Glück seines Lebens widerfahren zu sein. Aber schon kam das Jahr 1934, und er wurde wegen seiner Gesinnung „pensioniert“. Dann, vier Jahre später, wiederholte sich das gleiche Spiel, diesmal in braun. Er wurde verhaftet, freigelassen und wieder verhaftet. Unterdessen hielt sich seine Frau bei Genossen im Innviertel versteckt, um nicht den Nazis zum Opfer zu fallen.

Der ehemalige Postbeamte wurde nach 1945 für drei Jahre Bezirkshauptmann von Braunau und gehörte bis zum November 1967 dem Landtag an. In der Landesregierung führte er ab 1949 das arbeitsreiche Sozial- und Wohnbaureferat, eine Aufgabe, der sich Genosse Franz Plasser mit einer unermüdeten Aktivität widmete. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer danken dem Landesrat Genossen Plasser für die Fürsorge und Unterstützung, die er sowohl der Organisation als auch jedem einzelnen Genossen zuteil werden ließ. Wir werden ihn „Niemand vergessen!“

Steiermark

Leopold Fröhlich †. Im Juli dieses Jahres verstarb nach langem und schwerem Leiden unser Genosse Leopold Fröhlich. Mit ihm verliert die Bezirksgruppe Kapfenberg der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus einen treuen Kämpfer aus den Februartagen des Jahres 1934. Genosse Fröhlich war einer der Getreuen, die zusammen mit Genossen Koloman Wallisch auf dem Eisenpaß kämpften; er wurde zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1050

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Wenn alle Stricke reißen...

WIENER STÄDTISCHE VERSICHERUNG

Jederzeit Sicherheit

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Wertertorgasse 9 Jeden 1. u. 3. Mo.
2. Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 96 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgasse 2 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10/I Jeden 3. Di.
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgasse 7 Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Röttergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18. Gentzgasse 62 Jeden 1. Mo. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 34 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 2. Mo.
17 bis 18.30 Uhr
22. Donauefelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 .. Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei: Telefon 63 06 71/243

1. Postgasse 9, 1. Stock
Fachausschuß Montag bis Freitag
der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 8 bis 12 Uhr
- Mödling, Hauptstraße 42 Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
- W. Neustadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Wiener Straße 42, Jeden 1. Mo.
9 bis 11 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat der SPÖ, Körner-Halle Jeden 1. Fr.
16 bis 18 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Permayrstraße 2 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Jeden 1. u. 3. Mi.
Hotel „Schiff“, Hoftrakt, Zimmer 3 16 bis 19 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Jeden Di. und Fr.
8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
- Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
- Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
(Zimmer 14), Wiener Straße 16 bis 18 Uhr

Tirol:

- Kufstein, Hötendorferstraße 4

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer 10. November 1970